

Sächsische Volkszeitung

Verkaufsstelle, Druck und Verlag: Sächsische
Buchdruckerei G.m.b.H., Dresden-N. 16, Hauptstraße 64.
Telefon 32722. Postfach 1477.
Kontanto: Callenberg & Reichel, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-N. 16, Hauptstraße 64. Telefon 32722
und 32534.

Der Religionsunterricht in der Tschechoslowakei

(Von unserem besonderen Korrespondenten)

Prag, Ende August 1925.

Im Juli 1922 wurde das sogenannte „Kleine Schul-
gesetz“ vom Parlamente geschaffen. Der Zweck war eine Re-
gelung des Unterrichts an Volks- und Bürgerhochschulen. Das Ge-
setz trat sofort in Kraft, wurde während der letzten drei Jahre
als Hauptrichtlinie in den technischen und moralischen Fragen
der Unterrichtsverteilung stets in den Vordergrund gestellt und
hatte doch — ein Gesetzesphänomen — drei Jahre auf die Durch-
führungsverordnung zu warten. Von mancher Seite wurde sei-
nerzeit das „Kleine Schulgesetz“ als Erfolg der Katholiken be-
zeichnet, in Wirklichkeit hat es dem Religionsunterricht größte
Bedeutung gebracht, weil jede Schulbehörde infolge der
Verpflichtung geachtet, weil jede Schulbehörde infolge der
fehlenden Durchführungsverordnung sich berufen glaubte, das Ge-
setz nach eigenem Gutdünken auslegen zu dürfen. Infolge des
fortwährenden Drängens seitens der deutschen Katholiken ist jetzt
endlich, in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen vom
15. April 1925, die aus politischen Gründen verzögerte Durch-
führungsverordnung zum „Kleinen Schulgesetz“ erschie-
nen. Auf der einen Seite gibt sie der Auslegung des Gesetzes
einen ziemlich festen Weg. So wird der Religionsunterricht ge-
setzlich mit zwei Stunden wöchentlich festgesetzt und zwar sowohl
in den Klassen als auch in den Abteilungen. Ferner wird bei
Zusammenziehung von Schulklassen zu Schulabteilungen nicht
mehr die Zahl 60 zur Grundlage genommen, sondern eine Abtei-
lung darf „in der Regel“ (!) nicht mehr als 40 Kinder zählen. Auf
der anderen Seite enthält jedoch die Durchführungsverordnung
Bestimmungen, mit denen die Katholiken keineswegs einverstan-
den sein können. Dieser Teil der Durchführungsverordnung wird
zweifellos bei allen Katholiken auch außerhalb der Tschecho-
slowakei Aufsehen erregen.

So besagt zum Beispiel Paragraph 5, daß die staatliche
Aufsicht über den Religionsunterricht die Schulinspektoren
befolgen. Die Aufsicht erstreckt sich hauptsächlich darauf, ob der
Religionslehrer sich an die Gesetze und Verordnungen hält. Dies
ist eine unerhörte Sonderbestimmung gegen die Religion als ob-
jektiven Pflichtgegenstand wie auch gegen die Religionsleh-
rer. Paragraph 8 sagt: Die Anordnung auf Befreiung vom Re-
ligionsunterrichte ist von den hierzu Berechtigten zu Beginn des
Schuljahres zu überreichen. Der gesamten Lehrerschaft ist es im
Dienste verboten, auf die Eltern für oder gegen den Religions-
unterricht oder religiöse Übungen Einfluß zu nehmen. (An einer
Stelle wird der Religionsunterricht zu den Pflichtgegenständen
gezählt, dann heißt es wieder, daß das Kind durch ein Gesuch
ohne weiteres von ihm befreit werden könne, trotzdem eine Be-
freiung bei einem anderen Pflichtgegenstand ausgeschlossen ist.)

Der Paragraph 9 enthält die vielerorts undurchführbare
Bestimmung, daß die zwei wöchentlichen Religionsstunden auf die
erste oder letzte Stunde eines Schulhalbtages zu verlegen seien,
auch bei Ablekungsunterricht; ganz ausnahmsweise können aber,
wenn es mit Schülern nicht geht, „einige Religionsstunden
auch an freien Halbtagen angehängt werden.“ Also eine Befrei-
ung religiöser Eltern und Kinder durch Entziehung der Erhö-
hungsschüler und die erste an solchen Orten, wo der Seelsorgege-
richte doch vorher erst den Gemeindepflichtendienst und manche
dringliche Amtspflichten zu erledigen hat!

Da die Durchführungsverordnung nicht nur nicht den be-
rechtigten Forderungen religiöser Eltern und der Gewissensfrei-
heit entspricht, sondern, was den Religionsunterricht anbelangt,
einige sehr verheerende Bestimmungen enthält, werden Proteste
und das Verlangen nach Abänderung auf der Tagesordnung steh-
en. Bemerkenswert ist eine letzter Tage in der Bischofsstadt
Pauernitz abgehaltene massenhafte Besuche Elternver-
sammlung, die erstenscheinweise gemeinsam von den Katho-
liken, Protestanten und Juden veranstaltet worden war. Die
breiteste Öffentlichkeit konnte an diesem Tage erkennen, daß
wenn auch die Katholiken bisher fast allein den großen öffent-
lichen Kampf geführt haben, auch die übrigen Konfessionen durch
die atheistische Richtung in der hier geübten Schulgesetzgebung
schwer getroffen werden, ja so gefährdet sind, daß sie es nun auch
für notwendig gefunden haben, ihren Standpunkt der Öffent-
lichkeit darzulegen. In einer einstimmig angenommenen Ent-
scheidung wurde gegen die Drosselung des Religionsunterrichtes
Stellung genommen und in tiefer Ueberzeugung von dem Wert
einer guten religiösen Erziehung unter anderem gefordert: „Der
Religionsunterricht ist immer im Einvernehmen mit dem Stel-
lungslehrer anzusetzen und darf nie auf schulfreie Halb- oder
Ganztage verlegt werden. Die Teilnahme an den reli-
giösen Übungen, soweit sie für Angehörige der verschie-
denen Bekenntnisse eben vom Standpunkte ihres Bekenntnisses
aus pflichtgemäß sind, muß ungehindert und ohne jegliche Er-
schwerung möglich sein. Kein Unterrichtsgegenstand darf in Ge-
genwart zum Religionsunterricht gebracht werden; im ganzen
Schulbetrieb ist vielmehr alles zu meiden, wodurch das religiöse
Gefühl der Schüler verletzt wird. Den Mittelschulreformentwurf
lehnt die Elternversammlung, abgesehen von anderem, haupt-
sächlich deshalb ab, weil nach demselben der Religionsunterricht
gänzlich ausgeschlossen erscheint. Die Versammlung forbert viel-

Der Streik der amerikanischen Bergarbeiter

Kein Eingreifen Coolidges

Newport, 1. September. Am Mitternacht hat der Streik
im nordamerikanischen Steinkohlenbergbau eingesetzt. Der
Streik wird sämtliche Steinkohlenbergwerke der Vereinigten
Staaten in Mitleidenhaft ziehen. 185 000 Bergleute wer-
den in den Streik treten. Präsident Coolidge erließ eine
Erklärung der Bundesregierung, wonach die Regierung nicht
beabsichtigt, in dem Streik zu intervenieren, es sei denn,
daß die Streiklage lebensgefährliche Formen annimmt.

New York, 1. September. Der Kohlenarbeiterstreik begann
ohne jeden Zwischenfall. Er hat sich auf alle Steinkohlenzechen
ausgedehnt, jedoch nicht auf die Braunkohlenbetriebe. Die Berg-
werksbesitzer erklären, daß Amerika bis zum Januar ausreichend
mit Kohle versorgt sei, so daß der Streik sich nicht auf andere
Industrien auswirken werde. In Fachkreisen der Industrie
wird jedoch angenommen, daß die Vorräte nur bis November
ausreichen werden.

Philadelphia, 1. September. Der Bergarbeiterstreik, der ge-
stern am Mitternacht ausbrach, betrifft in Pennsylvania 828
Schächte und 272 Bergbaunternahmen, die 135 verschie-
denen Gesellschaften und 10 Staatsgesellschaften des Staates
Pennsylvania angehören. 158 000 Bergarbeiter sind daran be-
teiligt. Die Arbeits einstellen vollzog sich ohne Unruhestörungen. Man rechnet
auch damit, daß solche weiterhin unterbleiben, da die Gruben-
arbeitergewerkschaft auf das Ausschließen von Streikposten ver-
zichtet hat. Nachdem die Stilllegung eine vollständige geworden ist,
forderte Swampscott Hammond, der Chairman der Bundes-
lohnenkommission, einen Schritt des Präsidenten Coolidge, um
die Zustimmung des Kongresses zu dem von der Kommission

empfohlenen Verfahren zu erlangen, wonach die Regierung die
Regelung der Verhältnisse in der Grubenindustrie übernehmen
soll.

Lohnerhöhung im lothringischen Bergbau

Paris, 1. September. Nach einer Meldung aus Metz
sind im Verlaufe einer Besprechung, die gestern nachmittag
zwischen der Direktion der Bergwerke und Vertretern der
Bergarbeiter von Forbach stattgefunden hat, von der
Direktion eine Erhöhung der Löhne um 5 Prozent
ab 1. September bewilligt worden.

15 000 Tabakarbeiter in Sachsen ausgesperrt

Die Lage im Baugeverbe und in der Textilindustrie.

Dresden, 1. September. Nachdem an verschiedenen
Orten der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes deut-
scher Higarrenhersteller die Arbeiter in den Ausstand ge-
treten waren, ist gestern von dem Reichsverband sämtlichen
Mitgliedern der genannten Bezirksgruppe die Kündigung
zum 12. September angekündigt worden. Von dieser Maß-
nahme werden etwa 15 000 Arbeiter betroffen.

Chemnitz, 1. September. Obwohl gestern im Baugeverbe
des ganzen Reiches die Arbeit wieder aufgenommen werden
sollte, ist dies in Chemnitz nur zum Teil geschehen. Die
sogenannte Richtung „Hain-Strabe“, die am Tage des
kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung vertrat und die als eine
der ersten in den Streik eingetreten ist, hat sich dem Be-
schluß der Organisation nicht gefügt, ihre Angehörigen haben
im Gegenteil gestern beschlossen, ihre Wiederaufnahme der
Arbeit auf verschiedenen Baustellen in der Stadt zu verhindern.

Berlin, 1. September. Die Arbeitgeber haben den
Schlichterspruch im Lohnstreik in der west- und mittel-
deutschen Textilindustrie angenommen und die
Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Arbeiter haben
den Schlichterspruch abgelehnt. Ueber die Frage der Verbind-
lichkeitsklärung wird heute im Reichsarbeitsministerium
verhandelt werden.

Der kampfgefüllte Orient

Der Streit um Mosul

Konstantinopel, 1. September. An der Grenze von Mosul
ist der Angriff von irregulären Truppen und bewaffneten Ban-
den, die in türkisches Gebiet eindringen, abgeblieben worden.
Die Angreifer wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.
Der Finanzminister ordnete die Schließung der Konstantinopler
Börse auf die Dauer von einer Woche an, da die Ereignisse an
der Grenze von Mosul von der Spekulation auf Grund über-
triebener Gerüchte ausgenutzt wurden.

Genf, 1. September. Der türkische Außenminister legte
Pressevertretern gegenüber die Stellung der türkischen Dele-
gation zur Mosulfrage klar. Er wandte sich entschieden dagegen,
daß diese Frage lediglich eine finanzielle Frage oder eine Petro-
leumfrage sei. Ihre Regelung würde den nahen Orient betref-
fen, den Bestand der Türkei sichern und damit die Beziehungen
der Türkei und Europa in entscheidender Weise fördern. Die
türkische Regierung werde der legitimen Ausbeutung der Petro-
leumfelder jede Erleichterung gewähren. Die Frage, ob in letz-
ter Zeit irgendeine Verständigung zwischen England und der Tür-
kei zustande gekommen sei, wurde von dem Außenminister ver-
neint. Schließlich betonte der Minister noch die Völker-
bundsrechtliche Natur der Türkei, deren etwaigen
Eintritt in den Völkerbund er in keiner Weise von dem Eintritt
legenden anderen Staates in den Völkerbund abhängig
machen werde.

Frankreichs Kolonialfragen

Paris, 1. September. Die öffentliche Meinung beunruhigt
sich immer mehr über den Mangel ausführlicher Erklärungen
über die Lage in Syrien und bezeichnet die offiziellen Decla-
rationen der verschiedenen, von englischer und amerikanischer Seite
verbreiteten ersten Nachrichten als vage und ungenügend. Der
„Temps“ vergleicht die gegenwärtige Lage in Syrien mit der in
Marokko zu Beginn der Feindseligkeiten und verlangt eine ge-
naue, ins einzelne gehende Darstellung sowohl der militärischen
Operationen und der eingeleiteten Verhandlungen. Die Regie-
rung müsse endlich von General Sarrail genau informiert wer-

den, um ihrerseits die Öffentlichkeit über die beunruhigender
Vorgänge in Syrien unterrichten zu können.

London, 1. September. Die „Times“ meldet aus Jerusa-
lem, daß offiziellen Berichten zufolge die Lage im Deutschen
unverändert ist. Verstärkungen in Höhe von 1500 Mann sind
abgegangen, weitere 1000 Mann werden erwartet. Da auch
Panzerwagen und Tanks angefordert werden, ist anzunehmen,
daß mit einer Ausbreitung der Unruhen gerechnet wird. Ein
Franzose, der für die Deutschen in Palästina Waffen aufkaufte, ist
verhaftet worden. Nach zuverlässigen Meldungen sind jetzt noch
zwei französische Kompanien in Gefangenschaft der Deutschen,
wobei 100 Mann gegen 8 Deutschenführer ausgetauscht worden sind.
Eine Verögerung der Offensive gegen die Deutschen sei für diese
vorteilhaft, da die heiße Jahreszeit bald zu Ende geht. Während
der dann folgenden Regenzeit seien militärische Operationen
nicht durchzuführen.

Paris, 1. September. Wie dem „Journal“ aus Algier
gemeldet wird, wurde nach Ankunft Primo de Rivera in Alge-
ciras ein Kriegsrat abgehalten, dem die Befehlshaber der ver-
schiedenen spanischen Kampfbereitschaften sowie die Befehlshaber der
spanischen und zwei Vertreter der französischen Marine-
kräfte beizuwohnen. Nach einstündiger Beratung wurde der Pro-
jektion mitgeteilt, man habe sich vollständig auf einen einseitigen
Operationsplan geeinigt. Das Direktorium werde nur die unum-
gänglich notwendigen militärischen Operationen durchführen
lassen. General Primo de Rivera hat sich dann an Bord des
Kreuzers „Estremadura“ nach Ceuta begeben.

Das französische Kriegsschiff „Paris“ wird sich bei Algier
mit der spanisch-französischen Flotte vereinigen. Man nimmt
an, daß die vereinten Flotten bei Alhucemas einen Flotten-
angriff unternehmen werden.

Japan und die chinesische Autonomie

London, 1. September. Der Korrespondent des „Daily
Telegraph“ erfährt aus guter Quelle, daß die Haltung Japans
hinsichtlich der Autonomievorläge Chinas absolut negativ
sei. Bevor Japan als einer der Hauptgläubiger Chinas seinen
Handel zugunsten Chinas ändern, müsse es die Garantie haben,
daß China bereit sei, das Kapital und die Zinsen der aus-
stehenden Anleihen zurückzuzahlen.

mehr auf das Bestimmteste die Beibehaltung bezw. Wiederer-
langung des wesentlich zweifelhafte obligatorischen Re-
ligionsunterrichtes in allen Klassen der Mit-
telschule.“

Nächst beschloß der Reichsschulsausschuß der deutschen Ka-
tholiken in der tschechoslowakischen Republik, in einer eigenen
Denkschrift das Bedenken in der Durchführungsverord-
nung hervorzuheben. Er erwartet, daß sowohl die christlich-deut-
schen Parlamentarier als auch alle christlich-deutschen Organisa-

tionen ihre Tätigkeit auf eine entsprechende Revision der Durch-
führungsverordnung einstellen werden.

Eine Aenderung der Durchführungsverordnung ist in näch-
ster Zeit allerdings nicht zu erwarten, zumal die tschechische (ka-
tholische) Volkspartei aus nationalen Gründen (!) mit der Ver-
ordnung einverstanden ist. Für die deutschen Katholiken gibt es
nur ein Endziel im Schulkampf: Für katholische Kinder
katholische Schulen, katholische Lehrer und
Lehrbücher!

Der Messe-Montag in Leipzig

Leipzig, 1. September

Nach am zweiten Messetage zeigt es sich, daß unter den Messebesuchern der Prosentag der ernsthaften Kaufinteressenten erheblich höher als auf früheren Messen ist. Die Umsätze entsprechen im Durchschnitt einem vorsichtig bemessenen Bedarfsgeschäft, wobei aber große Unterschiede im einzelnen wahrzunehmen sind. Von Nottem Verkauf weiß die Gütermesse zu berichten. Auf der Nahrungs- und Genussmittelmesse ist das Geschäft noch ziemlich ruhig, doch erwartet man auf Grund früherer Erfahrungen in Anbetracht des Weihnachtbedarfes eine Belebung des Geschäftes im weiteren Verlaufe der Messe. Auf der Tabak- und Raucherrequisitemesse stellt insbesondere die Ausstellung von Zigarren und Raucherrequisiten günstige Abschlüsse fest. Auf der Edelmetall-, Uhren und Schmudmesse war am zweiten Messetage der Verkehr etwas ruhiger, doch setzte sich das Publikum durchweg aus Käufern zusammen. In der Kunstgewerbebranche bezeichnen Firmen, die wirkliche Qualitätsware anbieten, den Geschäftsgang als ziemlich befriedigend. Der Kunstgewerbedeputat stellt sich heute auch in seinen Reden durchweg auf das Solide ein, was für den Absatz sehr förderlich wirkt. In der Musikinstrumenten-Industrie läßt sich für Sprechmaschinen das Exportgeschäft besser als auf der Frühjahrsmesse an. In der Glaswarenbranche gehen Kristallglas und Bleiglas ziemlich günstig, während Gebrauchsgläser infolge des Mangels an Rohmaterial beim großen Publikum etwas vernachlässigt sind. Auf der Papiermesse läßt der bisherige Verlauf eine gute Mittelmesse erhoffen. Die Möbelmesse hat bei der alten Kundenschaft teilweise sehr befriedigende Aufträge erzielt. Auf der technischen Messe steht der Besuch hinter den früheren Herbstmessen nicht zurück. Besonders lebhaftes Interesse bringt man der Werkzeugmaschinenhalle und dem Erntemaschinen, sowie der gut besuchten Baummesse. Die Bedeutung des Bauarbeiterstreiks dürfte auf den Geschäftsgang der Baummesse nicht ohne Einfluß bleiben. Große Nachfrage besteht nach Autos und Textilmaschinen. Bis Montag waren 202 Sonderzüge eingelaufen.

Leipzig, 1. September. Die italienischen Journalisten besichtigen gestern verschiedene Abteilungen der Messe und außerdem einige Großbetriebe in Leipzig, vor allem die Phonola-Fabrik der Supplé-H.G. in Leipzig-Neußitz. Vor dem Eintritt des Rundgangs begrüßte Bürgermeister Hofmann im Festsaal des neuen Rathauses die italienischen Gäste. Er erinnerte an die alten und innigen Kultur- und Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Völkern und betonte die Notwendigkeit, für die Pflege der wirtschaftlichen Verbindungen im Sinne der Völkervereinigung und Verbrüderung der Völker zu wirken. Im Namen der Italiener erwählte der Generalsekretär Florenschi, auch in dem Kasino der Supplé-H.G. wurden im Anschluß an die außerordentlich interessante Besichtigung, die mit der Vorbereitung der vollkommeneren mechanischen Musikinstrumente endete, verbindliche Reden gewechselt.

Zur Frage der Preisbildung

Berlin, 1. September. In einer Besprechung, die zwischen den Spitzenorganisationen des Handwerks und dem Reichsarbeitsministerium gestern über die Möglichkeit eines Preisabbaues stattfand, erklärten die Vertreter des Handwerks, daß das Handwerk sich voll in den Dienst der Preisregulierung stellt. Am 27. August stellen würde, wie dies schon auf der Völkerversammlung des Handwerks eindeutig zum Ausdruck gebracht worden sei. Insbesondere wollen die Spitzenorganisationen des Handwerks dahin wirken, daß die beteiligten Preisbesitzer noch eingehend auf ihre wirtschaftliche Berechtigung hin geprüft werden sollen.

Im Zusammenhang mit der vom Reichskanzler angestellten Preisabbauforderung hat der Berliner Handels- und Gewerbeverein am 27. August gefaßten Beschluß, betreffend Erhöhung der Zeitungspreise für den 1. September, zurückgezogen.

Kongress der freien Gewerkschaften in Breslau

8. Verbandstag der christlichen Tabakarbeiter in Nachen. Breslau, 1. September. Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der in den Tagen vom 31. August bis 6. September in Breslau tagt, wurde gestern mit einer Rundgebung am Grabe Ferdinand Lassalles eingeleitet. In der ersten Sitzung des Kongresses gab der Bundesvorsitzende Leipzig-Neußitz den Bericht des Vorstandes. Leipzig erklärte, zur Regelung des geschlichen Wirtschaften- tages sollte man gegebenenfalls vor dem Mittel einer Volksabstimmung nicht zurücktreten. Das an den Bundesvorsitzenden wiederholt gerichtete Ersuchen, die Massen zu mobilisieren, lasse man so auf, um sie den Gewerkschaften zuzuführen und nicht gewissenlos in einen politischen Generalstreik zu treiben. Die von den Kommunisten ausgegebene Einzelparole bedeute nach allen bisherigen Erfahrungen nur, durch eine Minderheit die Gewerkschaftsbewegung zu führen. Zur Bänderung der Wohnungsnot habe man gemeinsam mit der Regierung erfolgreiche Schritte unternommen. Bei allen Gewerkschaften sei eine Annahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Leipzig empfiehlt schließlich mehrere Entschlüsse. Nach sehr ausgedehnter Aussprache wurden dann die Verhandlungen vertagt. Bisher sind antworfend 311 Delegierte, die 4 1/2 Millionen Mitglieder vertreten.

Nachen, 1. September. Hier wurde der achte Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands eröffnet. Der Eröffnung ging eine Begrüßungsfeier voraus, die sich zu einer großen Kundgebung für den Gedanken der christlichen nationalen Arbeiterbewegung wie auch für den Zentralverband christlicher Tabakarbeiter darstellte.

Die Lohnfrage bei der deutschen Reichsbahn

Berlin, 1. September. Die Schlichtungsverhandlungen in dem Lohnstreit zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften, die sich um die zum 31. August gekündigten Lohnbestimmungen des Tarifvertrages drehen, sind bekanntlich am Donnerstag der vergangenen Woche dadurch gescheitert, daß die Arbeitnehmer vor der entscheidenden Abstimmung die Verhandlung verließen. Um die Reichsbahnarbeiter nicht unter der entstandenen bedauerlichen Verzögerung des Streites leiden zu lassen, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft von sich aus zum 1. September dieses Jahres alle die Lohnmaßnahmen zugunsten ihrer Arbeiter angeordnet, die sie im Rahmen dessen, was der Betrieb finanziell tragen kann, durchzuführen sich bei den Verhandlungen bereitwillig hatte. So treten am 1. September dieses Jahres an einer großen Zahl von Orten und Wirtschaftsgebieten für die Reichsbahnarbeiter zum Teil nicht unerhebliche Lohnerhöhungen ein, wie in Berlin, Groß-Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Groß-Franfurt (Main), Hannover, Bremen, Wesermünde, Köln, Ludwigshafen, Mannheim, Bitterfeld, Baden usw. Für die im Betrieb und Verkehr beschäftigten Arbeiter wird die Schlichtungsfrage erhöht, die Lohnsätze einzelner Berufsgruppen, wie Maschinenbau usw. werden verbessert. Auch wird die Deutsche Reichsbahngesellschaft voraussichtlich schon am 1. Oktober dieses Jahres die Rangierzulagen für im Rangierdienst beschäftigte Arbeiter und Beamte wesentlich verbessern. Die ab 1. September dieses Jahres fälligen Preisbeschlüsse sollen den Arbeitern beim ersten Zahlungstermin gezahlt werden, um sie möglichst bald in den Besitz der ihnen zugesprochenen Verbesserungen zu bringen.

Genf, London und die kommende Konferenz

Painlevé, Chamberlain, Vanderveelde in Genf

Paris, 1. September. Die Zusammensetzung der französischen Delegation für die Völkerbundstagung ist folgende: Ehrenpräsident Bourgeois, der aber wegen seines Gesundheitszustandes nicht nach Genf geht, — Painlevé, Ministerpräsident des Obersten Rates der nationalen Verteidigung, — Loucheur, de Jouvenel und Senator Pams, außerdem die Abgeordneten Marchal, Maissant, Regard und Montign, ferner Gewerkschaftssekretär Joubaux, Professor der Rechte an der Universität Lille Cassin. Die französische Delegation fuhr gestern morgen nach Genf ab, nachdem Briand und Loucheur im Auto bereits vorausgefahren sind.

Genf, 1. September. Chamberlain und Vanderveelde werden im Laufe des heutigen Tages erwartet. Der belgische Außenminister wird nicht an den Arbeiten des Völkerbundes teilnehmen, da Belgien durch Liffmann vertreten ist. Der Zweite seiner Reife ist, mit Chamberlain und Briand zusammenzutreffen, um mit ihnen mündliche Verhandlungen in der Frage des Sicherheitspaktes aufzunehmen. Die drei Außenminister werden, wie ein Genfer Tagesbericht besagt, insbesondere die Lage für den Fall erwähnen, daß Deutschland formell eine Konferenz der Sachverständigen vorschlägt. Am Mittwoch kommt die Frage von Moskau vor den Völkerbundrat. Das österreichische Problem wird Ende der Woche unter dem Vorsitz Painlevés beraten werden.

Die Völkerbundsammlung des Völkerbundes wird jedes Jahr durch den derzeitigen Vorsitzenden eröffnet. Da der Vorsitz zurzeit Frankreich zufällt, wird Painlevé die Eröffnungssprache halten. Der erste Gegenstand der Beratung ist die Wahl des Präsidenten. In französischfreundlichen Kreisen wird stark Stimmung für den ersten Delegierten der kanadischen Delegation, den Senator Dundas gemacht, der französischer Herkunft ist und trotzdem ein englisches Dominion vertritt, seine Rede stets in französischer Sprache auf der Völkerbundsammlung hält, um sie danach selbst ins Englische zu übersetzen. Von anderer Seite wird die Kandidatur Frisboj Ransens angeregt, der als wirklicher Friedensfreund und als namhafter Forscher und Gelehrter überall in der Welt Beachtung und Vertrauen genießt. Durch seine jahrelange selbstlose Arbeit für die russischen Flüchtlinge und durch sein monothetes und wahrhaft neutrales Auftreten hat er sich die Sympathien vieler Völkerbundskreise erworben.

Der Beginn der Juristenkonferenz verzögert

London, 1. September. Die Londoner Juristenkonferenz, die ursprünglich schon gestern ihren Anfang nehmen sollte, wird heute erst offiziell beginnen, da die italienische Regierung an dem Beteiligungs teilnahme wünscht. Gestern sind die Rechtsfachverständigen lediglich zu einer kurzen Sitzung im Außenministerium zusammengetreten, um die Tagesordnung für die heutige erste offizielle Sitzung festzusetzen. Die Rolle des italienischen Vertreters Pilotti, der heute in London eintraf, wird nicht die eines Regenten Beobachters sein. Es wird vielmehr mit einer regerhaften Beteiligung des italienischen Juristen an der Besprechung gerechnet. Die Teilnahme Pilottis wird in hiesigen maßgebenden Kreisen als ein Zeichen des Interesses Italiens an dem Sicherheitspakt sehr begrüßt.

Londoner unterrichtete Kreise glauben, daß ein deutsch-polnischer Schiedsvertrag vorgeschlagen werde, dessen vom Völkerbund anerkannter Garant Frankreich sein soll. Man glaubt nicht, daß die Konferenz die ganze Woche über dauern soll. Man erwartet, daß nach der Be-

endigung der Juristenkonferenz von deutscher Seite eine internationale Konferenz vorgeschlagen werden wird, die voraussichtlich in der letzten Septemberrunde in Lausanne tagen wird. Die Annahme, daß auch Baldwin an dieser Konferenz teilnehmen wird, hält man an maßgebenden Stellen noch für verfrüht.

Die englische Presse über die Saarregierung

London, 1. September. Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt, es sei zu hoffen, daß die Saarfrage so bald wie möglich in Genf von neuem erörtert würde. Wie Welt weiß, daß der Völkerbund in jenen Gebieten, die unter seiner Herrschaft stünden, für eine einwandfreie Verwaltung verantwortlich sei. Zu Beginn dieses Jahres hätte von Rechts wegen eine Wendung in der Verwaltung des Saargebietes eintreten müssen. Es sei wahr, daß noch immer der Franzose Kauli der verantwortliche Vertreter des Völkerbundes im Saargebiet sei. Als ein Franzose, der nicht die deutsche Sprache spreche, sei er an die Spitze eines Gebietes gestellt worden, das strikt neutral sei und das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland ausreicht erhalten solle. Entgegen allen vernünftigen Erwartungen sei er zu Beginn dieses Jahres ohne ein Wort des Widerspruches des britischen Außenministers wieder gewählt worden, aber man habe geglaubt, daß sich die Saarregierung während dieses Sommers gebessert habe. Indessen bewiesen die aus dem Saargebiet kommenden Nachrichten, daß die Regierungskommission weit davon entfernt sei, neutral zu sein. Die erwartete Jurisdiktion der französischen Truppen habe noch nicht stattgefunden. Während die Saarländer an der Jahresversammlung des Rheinlandes nicht teilnehmen durften, hätte Kauli und zwei andere der fünf vom Völkerbund eingesetzten Kommissare an der am 14. Juli stattgefundenen Parade französischer Truppen teilgenommen, die in rechtmäßiger Weise im Saargebiet stattgefunden habe. Derartige Abweichungen vom Platte der Neutralität müßten ungültig gemacht werden, wenn die Saarfrage den Völkerbund nicht discreditierten und nicht noch mehr böses Blut zwischen Deutschland und Frankreich hervorgerufen werden sollte.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 1. September. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau sind bis zum Eintreffen neuer Informationen aus Berlin vertagt worden. Russischerseits wurde betont, daß es sich bei dieser Vertagung keinesfalls um politische Motive handele, sondern lediglich um Motive wirtschaftlichen Charakters. Von deutscher Seite wird demgegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß die russische Regierung den Fortgang der Verhandlungen so lange verzögern will, bis in der Frage des wünschlichen Sicherheitspaktes eine klare Lage geschaffen ist.

Die neuen Einwendungen der Russen sind folgendermaßen: Zunächst hat die Sowjetregierung die Patentkonvention für unannehmbar erklärt, ebenso die bereits zustande gegebene Regelung der Fischereizone im Schwarzen Meer an eine deutsche Wirtschaftsgruppe. Schließlich wollte die Sowjetunion in der Weizsäcker-Rückversicherungs- Klausel im Widerspruch zum Wortlaut des Rapallo-Vertrages ganz Asten ausschließen, während sie von Deutschland unangekündigt die Weizsäcker-Rückversicherung verlangte. Von Sowjetseite wird neu die Forderung an Erweiterung der Rechte der Handelsvertretung, Minbefähigung und Erleichterung der Einfuhr von Vieh und tierischen Produkten sowie Getreide gestellt.

Antiritsbesuch des Münchener Kunlius

München, 1. September. Der neuernannte apostolische Nuntius in München, Monsignore Viallo de Torre-Grosso, der bereits gestern vormittag im Ministerium des Äußeren sein Beglaubigungsdokumente überreichte, hielt dabei eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß seine Mission durch den Abschluß des Konkordats sehr erleichtert sei. Er sei dankbar für die Sendung in ein Land, das einst das Feld seiner ersten diplomatischen Tätigkeit war und das er stets bewundert habe wegen der treulichen Eigenschaften seines Volkes. Vornern sei von jeher auf seine Beziehungen zum Heiligen Stuhl stolz gewesen und lege auch heute noch den allergrößten Wert darauf. Der Ministerpräsident begrüßte die Ernennung des neuen Nuntius umso mehr, als dieser durch langjährige Tätigkeit in der Münchener Nuntiatur mit den bayerischen Verhältnissen vertraut sei.

Abschluß der Tagung des Auslandsdeutschtums

Berlin, 1. September. In der gestrigen öffentlichen Veranstaltung der Tagung der Auslandsdeutschen, die im Konzerthaus unter dem Vorsitz des Admirals von Truppe stattfand, begrüßte Staatssekretär Zweigert die Versammlung im Namen der Reichsregierung. Ueber die wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums sprachen dann Prof. Dr. Gohle-Hannover und Dr. Paul Rohrbach. Prof. Dr. Gohle von der Universität Ruyorf warnte vor der in Deutschland weit verbreiteten Auffassung, als wären die Beziehungen der nordamerikanischen Bevölkerung zu Deutschland schon wieder die gleichen wie vor dem Kriege. Als lehrer Referent sprach Prof. Kühnemann-Breslau über die kulturelle Bedeutung des Auslandsdeutschtums. Im Anschluß überbrachte Prof. Olibry-Barcelona der Tagung die Grüße der Auslandsdeutschen in Spanien. In einer kurzen Abendstunde wurde die in der Gesamtsitzung zurückgelassene Entscheidung auf Antrag angenommen. Die Berliner Tagung der Auslandsdeutschen wurde mit einem geistlichen Beisammensein im Kroll-Garten abgeschlossen. Heute begaben sich die Teilnehmer der Tagung in das mitteldeutsche Industriegebiet, morgen hatten sie der Leipziger Messe einen Besuch ab.

Eine Unterredung mit Dr. Wirth

Berlin, 1. September. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Reichskanzler a. D. Dr. Wirth ist heute aus seiner badischen Heimat, wo er Besprechungen mit seinen engeren Parteifreunden hatte, in Berlin eingetroffen. Die „Germania“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Wirth, in deren Verlauf er über seine Austritt aus der Zentrumspartei des Reichstages erklärte, daß dieser Schritt die notwendige Folgerung seiner politischen Gesamtsituation zum neuen deutschen Volksohafe sei, eine grundsätzliche innere Einstellung, die nach seiner Überzeugung in vollem Einklang stehe mit dem alten Zentrumsgest. In die Hände der für ihn zuständigen Parteipolitik in Baden habe er eine schriftliche Begründung seines Schrittes gelegt, der nach Meinung der heutigen politischen Konstellation im Reichs stunde, die wie die Art der Erledigung gewisser Befehle gezeigt habe, notwendigerweise zu einer Auseinandersetzung zu einem Protest und weiter zu einer politischen Bewegung führen müsse. In Verfolg seiner Aktion werde er auf dem Parteitag der badischen Zentrumspartei in Offenburg seinen Schritt begründen und darlegen, was zu geschehen habe, um der von ihm eingeleiteten Bewegung Nachdruck zu verleihen. Immer wieder betonte Dr. Wirth, daß er nicht die Absicht habe, das Zentrum zu sprengen, sondern daß sein Ziel vielmehr die Befestigung der Partei im Volkse der alten Zentrumspolitik sei.

Dr. Wirth beabsichtigt, ebenso wie zahlreiche andere deutsche Reichstagsabgeordnete, sich Mitte September nach Amerika zur interparlamentarischen Union zu begeben. Wie einem Montagblatt gemeldet wird, will er damit eine längere Amerika-reise verbinden. — Eine Erklärung des Jales Wirth dürfte von Seiten der Reichspartei nicht stattfinden, die nicht die zuständige badische Landesorganisation Stellung genommen hat. Das ist auch der von Dr. Wirth für richtig anerkannte Standpunkt, denn Dr. Wirth hat die eingehende Begründung seines Schrittes, wie aus der Unterredung mit dem Vertreter der „Germania“ hervorgeht, an den badischen Landesparteiorgane gerichtet. Nach dessen Stellungnahme wird sich der ordentliche Reichsparteitag des Zentrums, der im November stattfindend dürfte, mit der Angelegenheit zu befassen haben.

Kurze Nachrichten

Ein nachahmenswertes Beispiel. Die vom Kreise März für 20. bis 26. September geplante Jahrtausendfeier ist abgefallen, da die hierfür aufzubringenden Geldmittel bei der anhaltenden Wirtschaftskrise nötigenfalls zu Unterhaltungswecken verwendet werden sollen.

Die Vermögensauseinandersetzung des preussischen Staates mit den Hohenzollern haben in den letzten Tagen zu einem Vergleich geführt, der dem Landtage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt auf Genehmigung vorgelegt werden dürfte.

Gegen den Kaufmann Rudolf Schnapp, der zum Verfallungstage den tödlichen Schuß auf das Mitglied des Frontbanners Berner Bille abgegeben hat, ist jetzt die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Es ist eine große Anzahl von Entlastungszeugen namhaft gemacht worden. Lediglich hat Schnapp nach seiner Festnahme eine Anzahl Drohbriefe erhalten. Sie sind von der Jeme gezeichnet und mit roten Hakenkreuzen versehen. Mit der Ermittlung der Urheber dieser Briefe ist augenblicklich die Polizei beschäftigt.

Die belgischen Zeitungen erhöhen den Bezugspreis. Eine Anzahl belgischer Zeitungen, darunter die Brüsseler Blätter „De Soir“, „L'Echo belge“, „Independence belge“ und „La Gazette“ kündigen für den 1. September eine Erhöhung der Bezugspreise um 20 Centimes für die Nummer an.

Eröffnung der vierten internationalen Telegraphenkonferenz. Am heutigen Dienstag ist die internationale Telegraphenkonferenz von dem französischen Handels- und Postminister Gosmet in der Sorbonne eröffnet worden. 78 Länder haben zu der Konferenz insgesamt 240 Delegierte entsandt. Der Hauptgegenstand der Debatte wird die Frage der Neuregelung der Gebühren für den Telegraphen- und Telephonverkehr sein. Die Verhandlungen dürften sich wahrscheinlich den ganzen September hinziehen, denn bereits 1200 verschiedene Vorschläge sind angemeldet. Die erste Konferenz dieser Art wurde in Paris 1865 abgehalten, bei der 20 Länder vertreten waren. 1890 wurde die zweite und 1906 die dritte Konferenz in Diskussion abgehalten.

Die Zuckereinnahme. Nach einem Bericht des Ackerbau-departements ist trotz der geringeren Anbaufläche mit einem höheren Ertrag der Zuckereinnahme zu rechnen. Die kubanische Zuckereinnahme dürfte sich auf 6 Millionen Tonnen belaufen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten für den 1. September abends bis 2. September abends: Stark veränderliche unruhige Witterung. Zunächst noch warm, später Temperaturrückgang, obige Winde aus westlicher Richtung.

Tagesneuigkeiten

Opfer des stürmischen Welters

Magdeburg, 1. September. Der außerordentlich starke Sturm und das plötzliche Eintreten des Hochwassers der Elbe führten am Sonntag zu zwei schweren Bootsunfällen. Bei Greußen wurde ein Segelboot oberhalb Westerküpfen mit zwei Insassen umgelegt. Die Insassen suchten sich durch Schwimmen zu retten. Strebung und Wellengang ließen aber ihre Kräfte erlahmen. Da keine Hilfe in der Nähe war, mußten sie ertrinken. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in Salbte, wo ein Boot umschlug. Es gelang jedoch, die drei Insassen zu retten.

Paris, 1. September. „Havas“ berichtet aus Perizhan: Zu der vergangenen Nacht ist eine Fischerbarke aus Colhoure bei der Ausfahrt aus der Bucht von Banhuls infolge des stürmischen Welters umgeschlagen. An Bord befanden sich 9 Personen, die von einer Festlichkeit in Banhuls zurückkehrten. Mit Ausnahme des Sohnes des Besitzers der Barke konnte sich niemand retten. Der Sohn schwamm drei Stunden lang und erreichte das Land. Zahlreiche Boote sind an die Unglücksstätte abgegangen.

Berlin, 1. September. Die Leiche des beim Unglück auf dem Schiweilowsee am Sonntag ertrunkenen Ministerialrat Bengler ist gestern abend vom Reichswasserfischschiff geborgen worden.

Niejenbrand in Ragajahi

Ragajahi, 1. September. Ein großes Schadenfeuer zerstörte das Krankenhaus, die ärztlichen Wohnhäuser der Universität Krasnojarsk sowie das Unterrichtshaus für Studenten der Medizin in Jukuhka. Der Materialschaden wird auf eine Million Yen geschätzt. Menschen sind bei dem Brande, soweit sich bisher feststellen ließ, nicht ums Leben gekommen.

Berlin, 1. September. Infolge Brandstiftung in einem großen Schaufenster des Kottbuser Damms in Berlin brach gestern abend Feuer aus, dem der gesamte Dachstuhl des Gebäudes zum Opfer fiel. Zwei Feuerwehrzüge erlitten Rauchvergiftung und Brandwunden und wurden ins Krankenhaus gebracht. Es wurde einwandfrei Brandstiftung festgestellt, da drei völlig voneinander getrennte Brandherde beobachtet werden konnten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um dieselben Täter handelt, die auch andere Brände in der letzten Woche in Neuhölln angelegt haben. Die Polizei hat eine umfassende Untersuchung eingeleitet.

Vom Zug überfahren

Paris, 1. September. Der Eisenbahnassistent Elomann sprang auf dem Bahnhof Salschode aus einem fahrenden Personenzug, wobei sein Mantel durch die Tür des Wagenabteils festgehalten wurde. Dabei kam Elomann zu Fall und geriet unter den Zug, der ihm die rechte Beine abfuhr. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus ist Elomann gestorben.

Wohwinhel, 1. September. Auf der Strecke Wohwinhel—Steele wurde vorgestern abend um 10 Uhr, wie die W.B.Z. meldet, ein 40 Jahre alter Mann und ein fünfjähriges Kind von einem Personenzug überfahren. Der Mann war sofort tot, das Kind wurde schwer verletzt.

† **Antialkoholkonferenz.** In London begann am heutigen Dienstag eine internationale Antialkoholkonferenz, die sich mit der Frage der Einschränkung des Alkoholverbrauchs in den afrikanischen Kolonien und mit der Unterbindung des internationalen Alkoholschmuggels befaßt. Ferner beabsichtigt die Konferenz, einen Gesetzentwurf zur Regelung des internationalen Alkoholschmuggels auszuarbeiten.

† **Ein italienisches Unterseeboot verholten.** Das Unterseeboot *Venturo*, das während der Flottenmanöver die Aufgabe hatte, zwischen dem Kap Bassero und dem Kap Muro di Porco (Sizilien) Patrouillenfahrten zu leisten, ist noch nicht zurückgekehrt. Luftschiffe, Zerstörer und Unterseeboote mit hydrophonischen Apparaten befinden sich Tag und Nacht auf der Suche. Die *Venturo* war am Beginn der Manöver in sehr gutem Zustand; ihr Führer, Fregattenkapitän Vandone, war einer der fähigsten Unterseebootkommandanten.

† **Schadetrüger in Lemberg.** Die Lemberger Polizei ist einer großen Betrugsaffäre auf die Spur gekommen. Der Lemberger Berberei wird zur Last gelegt, über ihr Vermögen hinaus Schein ausgestellt und durch Lemberger Privatbanken bei der polnischen Staatsbank und bei der Bank von Polen diskontiert zu haben. Der Betrag, um den die Banken geprellt wurden, beläuft sich auf über 800 000 bis 1 Million Dollare. Der Fabrikbesitzer Jaaq Wlinter sowie sein Gehilfe Markus Kurzer wurden verhaftet. Der Direktor der Fabrik, ein Dr. Kolnik, ist nach Wien geflohen.

Nachklang vom 64. Katholikentag

Das Schönste vom schönen Katholikentag in Stuttgart war der Gottesdienst unter der blauen Himmelstoppel. Das Wetter war herrlich und wurde besonders dankbar begrüßt, weil es tags zuvor geregnet hatte. Ab und zu flogen Wolken wie Engelstörer über die gewaltige Gemeinde hin. Ein leichter Wind löste zwar die Kerzen des Altars wiederholt aus, fächerte aber in der Schwüle, die eine solche Versammlung mit sich bringt, dem Geiste soviel Frische zu, daß die Freude während der ganzen Zeit der heiligen Handlung auf der Höhe blieb, und das Gefühl den Gedanken stark unterstreichen konnte: eine große Stunde zu erleben.

Zwei Bekannte aus Sachsen standen zufällig in meiner Nähe: Graf Schönburg und Pfarrer Müller. Der Name eines dritten stand auf dem Programm: Thomas Nagel, dessen „Neue deutsche Singmesse“ — vorgetragen von den neun Kirchenchören Stuttgarts — die Pontifikalmesse verherrlichen sollte.

Das war in der Tat eine Verherrlichung, die das „Gloria Patri et Filii et Spiritus Sancto“, das Predigtthema des hochwürdigsten Herrn Bischofs von Rottenburg, musikalisch aufnahm und durchführte mit christlicher Bescheidenheit, die sich nirgends aufdrängte noch überhob.

Herausgewachsen aus dem Mutterboden der Kirche, umranken die Melodien die architektonischen Linien der liturgischen Feste wie Eisen, den eine geschickte Gärtnerei und der Uebermüherung, zu der die Natur der Pflanzen und der Menschen neigt, bewahrt hat. Es war betender Gesang, der zum stillen Mitsingen und Sinnen einlud und zu dem mittelalterlichen Ritus harmonisch stimmte, in dem der hochwürdigste Herr Kuntius das größte Geheimnis der Christenheit feierte, — war eine Verkündigung des Wortes Gottes im Geiste und mit den Gedanken des königlichen Sängers David, ebenso schlicht wie der Meister der Domkapelle, der auf der Festkanzel gestanden, seine tiefen Ideen vorgetragen hatte.

Der Chor stand zur Rechten des Altars in lebendiger Fühlung mit dem erhabenen Kultus. Er machte der Stadt Stuttgart, dem Katholikentag, seinem Dirigenten und seinem Komponisten sowie vor allem seinem Gotte Ehre.

Pfarrer Kirchenbauer.

Die Schuld am Weltkrieg

(Schluß)

IV.

Am gründlichsten vollführt die Reinigungsprozedur der deutsche Michel. Er steht bis über die Knie im Wasser, hat eine Wurzelbürste in der Hand und wäscht und schrubbt mit scharfer — Er hat auch alle Urjache dazu. Wie lagte der englische Ministerpräsident Lloyd George auf der Londoner Konferenz am 3. 8. 1921?

Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Es ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist, und wenn dieses Eingeländnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört.

Die deutsche Regierung hat alle ihre Aktenkammern ausgeräumt und alle ihre diplomatischen Urkunden in der Sonne ausgebreitet. Jeder kann sie in die Hand nehmen und prüfen und gegen das Licht halten.

Im Sommer 1919 erschienen in 5 Bänden „Die Dokumente zur europäischen Politik“, herausgegeben von Schwerdtfeger, und sie erschienen demnach in neuer, durch eine deutsche Uebersetzung der Urkunden bereicherter Auflage. Es ist die im Weltkrieg Archiv vorgefundene Korrespondenz des belgischen Ministers mit seinen Gesandten, insbesondere dem Baron Beyens, welcher über ein Menschenalter, von 1884—1895, belgischer Gesandter in Paris war, und dem Baron Greindl, Gesandten in Berlin. Einige Proben daraus seien wiedergegeben.

Baron Greindl berichtet über den französischen Besuch in Kronstadt, der das franko-russische Bündnis einleitete, am 1. 8. 1901:

„Auch wenn der Besuch in Kronstadt weder zu einem Bündnis noch zu einer einfachen Entente führt, wird er nichtbestimmender das Uebel haben, die Hoffnungen der Exaltierten in beiden Ländern zu nähren. Er häuft Explosivstoffe an, an die Feuer zu legen, gewisse Leute sich nichts Besseres wünschen können. Die Annäherung beruht nur auf dem gemeinsamen Haß Frankreichs und Russlands gegen Deutschland. Sie kann darum nur einen aggressiven Charakter haben trotz der Bemühungen der russischen und französischen Staatsmänner, die die Welt glauben machen wollen, daß ein französisch-russisches Bündnis nur eine zweite Friedensliga wäre.“

Am gleichen Tage berichtet der Gesandte in London: „... Man urteilt, daß die Entente, die mit solchem Nachdruck zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen wird, zunächst jedem von ihnen mit größerer Schnelligkeit und Entschiedenheit als bisher zu handeln und ihre Absichten zu verfolgen gestattet wird, ohne sich sehr um die Widerstände zu kümmern, die die anderen Mächte ihnen entgegenzusetzen versuchen könnten. Dagegen ist der Dreieck von Natur eine unnütze Vereinerung, in dem Sinne, daß er sich auf die Defensive beschränkt und sich sorgsam vor gewagten Unternehmungen hütet. Das französisch-russische Bündnis hat einen ganz anderen Charakter; es wird sich nicht darauf beschränken, ein Gegengewicht gegen das andere zu bilden; denn wenn es die Hoffnungen nicht enttäuschen will, die es hat entstehen lassen, muß es aggressiv sein. Frankreich und Rußland werden aufhören, sich irgendeine Reserve aufzuverleihen.“

Am 27. 11. 1901 berichtet derselbe: „Wied endlich der Reueangeheit, der nicht ausgehört hat, das französische Volk zu befehlen, den aber die Befürchtung vor einem verfluchten Kartell bis jetzt zurückhält, am Ende einen unübersteiglichen Druck auf die Regierung auszuüben und sie zum Entschluß zu treiben, einen weniger gefährlich gewordenen Feind anzugreifen? Wie dem auch sei, der allgemeine Eindruck in London soll der sein, daß der geringste Zwischenfall plötzlich als Vorwand dienen kann, für einen Konflikt, der beinahe ganz Europa in Flammen setzen würde.“

Am 19. 11. 1901 berichtet er: „... Der Zar wird, soviel an ihm liegt, es vermeiden, sich in Abenteuer zu stürzen. Niemand weiß besser als er, welche Gefahren seiner Person und seiner Dynastie beim geringsten schlimmen Zwischenfall drohen können. Aber der Zar ist nicht sein eigener Herr. Er ist der Sklave der pan-slavistischen Partei. An dem Tage, an dem diese Partei, deren Führer die beiden Brüder Tjamatoff sind, entscheidet, daß zu den Waffen gegriffen werden muß, wird der Kaiser, weil er sich zu schwach fühlt, diesem Druck zu widerstehen, die Augen vor den möglichen Folgen eines neuen Feldzuges schließen und den Deutschen gehorchen, deren Einfluß im Lande er kennt und deren verbrecherische Unternehmungen er fürchtet.“

Von dem russischen Gegenbesuch in London berichtet Baron Beyens am 30. 10. 1903: „Die Gefahr des Schauspiels, dem wir beizugehen haben, kann in der Tat späterhin zum Ausbruch kommen; dieser unergiebliche Empfang hat die Franzosen unter dem Eindruck gelassen, daß das Bündnis, dessen erstes Anzeichen der in Kronstadt ausgelegte Händedruck war, durch die ungestümen Ummärnungen von Toulon bestätigt wurde. Sehr wenige von ihnen zweifeln heute noch an der Einigung beider Völker und vor allem der beiden Armeen zum Zwecke gemeinsamen Handelns gegen Deutschland und seine Verbündeten. Es ist zu befürchten, daß der Zar gegen seinen Willen nur das erreicht hat, daß in Frankreich Empfindungen zum Sieden gebracht worden sind, die nicht überhört werden dürfen.“

Wenige Tage vorher, am 25. 10. 1903, hatte Baron Greindl berichtet: „Gibt es einen einzigen Franzosen, der nicht die Reue angeht? ... In dem weder durch Sympathie für russische Verhältnisse, noch durch gemeinsame Traditionen erklärten Dilemma der Aufnahme, die die russischen Seelen fanden, ist dieses Gefühl zum Ausdruck gekommen. Es gibt nichts Gemeinsames als den Haß gegen Deutschland, dem man es nicht verzeihen kann, daß es die Vormacht in der Welt geworden ist, wie Frankreich es war und Rußland es zu werden träumt. Im Runde des Pariser Volkes hat der Ruf: Hoch Rußland! die gleiche Bedeutung wie der Ruf: Hoch Berlin! von 1870. Das französische Volk hat die Hoffnung, daß der Zar, freiwillig oder gezwungen, ihm eines Tages helfen wird, die verlorene Stellung wieder einzunehmen.“

Die gleichen Befürchtungen wiederholen sich jahraus jahrein und verstärken sich, als in den ersten Jahren des Jahrhunderts zu der französisch-russischen Verdrößerung die französisch-englische hinzutritt.

Koniglich der Marokkohändel berichtet Baron Greindl am 8. 4. 1907: „Jedemal, wenn Frankreich sich im Laufe der Geschichte stark genug fühlte, versuchte es, sich die Vorherrschaft über die ganze Welt anzumachen. Jetzt gibt ihm die Entente cordiale mit England das nötige Selbstvertrauen dazu.“

Als Delcasse in der französischen Kammer mit glühenden Farben und orientalischer Phantasie die „deutsche Gefahr“ ausmalte, berichtet Baron Greindl am 27. 1. 1908: „Wo hat Herr Delcasse je gesehen, daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir sind seine nächsten Nachbarn, und seit 30 Jahren habe ich bei der härtesten Regierung nicht im geringsten Reizung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünschte nur, daß alle anderen Großmächte sich der gleichen Rücksicht befließen hätten. ... Wann ist denn die Ruhe Europas bedroht gewesen, außer durch den französischen Reueangegeben? Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Kommando führt, Europa vor einer imaginären deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist.“

Wenn man diese jahrzehntelang fortgeführten Berichte unbeeinträchtigt und erfahrener Diplomaten liest, welche, wenn sie nicht völlig unparteiisch waren, so ihrer ganzen Herkunft und Stellung nach mehr nach Frankreich wie nach Deutschland geneigt sind, so kann man nur bedauern, daß die Großmacht Deutschland nicht einen leitenden Diplomaten aufzuweisen hatte, welcher die Lage so klar und richtig beurteilt hätte, wie das jeder einzelne der belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris tat. Bismarck hätte das englische Bündnisangebot von 1895 mit Freuden angenommen, er, der Einzige, war aber abgeblieben.

Im Winter 1919 hat dann die deutsche Revolutionsregierung Antentensprüche aus der Zeit vom 28. 6. bis 1. 8. 1914 unter dem Titel: „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ in vier Bänden veröffentlicht. Sie ließ die betreffenden Urkunden durch einen Vertrauensmann auswählen und erhob als solchen, vielleicht im Vertrauen auf den Ruf der böhmischen Russen, den Tschechen Kautsky. Kautsky warf sich mit Feuerzettel auf seine dankbare Aufgabe und zog dem Kaiser die Worte als Friedenshelfer vom Gesicht. Er wurde vom gelangten Auslande applaudiert und mit französischem Rotwein, englischem Porter, amerikanischem Whisky und italienischem Chianti aufs herzlichste angeprobt.

Aber leider, am Morgen nach diesem Feste war Kautsky lebenskrank, und er hat alle die erlebten ausländischen Elogen, welche er am Abend vorher geschickt, unter schrecklichen Qualen wieder ausgebrochen. Er hat seine vorläufige Aufgabe, die deutsche Regierung sei am Weltkrieg schuld, — ehrenvollerweise — widerrufen.

„Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat. Ich war sehr überreicht, als ich Einseitig in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erlosch sich mit als unhaltbar. Deutschland hat auf den Krieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht.“

Kautsky: „Delbrück und Wilhelm II.“, Berlin, 1920, S. 37. Vergleiche auch Kautsky: „Wie der Weltkrieg entstand“, Berlin, 1919, und die Gegenchriften, Prof. Hans Delbrück: „Kautsky und Harden“, Berlin, 1920, Prof. Hans Delbrück: „Kautsky als Historiker“, Berlin, 1920, Fretsch: „Gegen die Kautsky-Akte“, München, 1920, auch Thimme: „Magistrin Harden am Pranger.“

Noch ärger als der Berliner Regierung mit Kautsky erging es der Münchener Regierung mit ihrem Staatshistoriker Kurt Eisner. Ohne Sachkenntnis, ohne Pflichtgefühl, ohne Gewissenhaftigkeit, ja ohne persönliche Ehrenhaftigkeit — von Vaterlandsliebe ganz zu schweigen — hat Eisner den Bericht des Gesandten v. Schön vom 18. 7. 1914 durch Weglassungen in ein deutsches Schuldgeständnis verwandelt, von dem bei den Verfallter Friedensverhandlungen von unieren Feinden der ausbleibliche Gebrauch gemacht wurde. Der Pariser Professor der Geschichte, Durand, hat den von Eisner veröffentlichten Text als „eine der offenkundigsten und rücksichtslosesten Fälschungen der Geschichte“ bezeichnet. Dieser Tatbestand ist durch den Prosch Lehmann-Fehsenbach angeführt. Der Bericht über die Verhandlung ist im Reich der Gedd. Monatshefte, 1922, veröffentlicht. Die Eisnerische Fälschung hat dem deutschen Volke unendlichen Schaden zugefügt.

In diesem Zusammenhange sei auf mehrere deutsche Schriftsteller hingewiesen, welche infolge einer seltsamen Entartung ihres vaterländischen Empfindens in ihren Schriften das eigene Vaterland anklagen, so als bekanntester der Rechtsanwalt Dr. Richard Grelking in seinem umfangreichen Buche: „Jaculus, von einem Deutschen“. Sein eigen Fleisch und Blut, sein Sohn Kurt, hat die Gegenchrift verfaßt: „Anti Jaculus, eine deutsche Antwort“; ferner Friedrich Eichenwirth: „Meine Londoner Mission, 1912—1914“. Es erscheint unbegreiflich, wie einer solchen Persönlichkeit einer der verantwortlichsten diplomatischen Posten anvertraut werden konnte.

Ferner Mühlson, früher Mitglied des Direktoriums Krupp: „Die Schuld der deutschen Regierung am Krieg“.

Ferner Fernau: „Gerade, weil ich Deutscher bin“, und „Durch zur Demokratie“. Ferner Stillebauer, der Verfasser des einst viel gelehrten Romans Gök Kraft: „Sei mündig, Volk, ein demokratisches Bademeikum“.

Die Verurteilung auf die „Demokratie“ ist hier überall nicht angebracht. Die Demokratie will, auf ihre Weise, dem Vaterlande dienen. Dem Vaterlande schaden, ist nicht demokratisch, sondern hochverräterisch.

Im Jahre 1919 wurde auch das antiliche „Deutsche Weib“ über die Schuld am Kriege“ herausgegeben, welchem im folgenden Jahre das Weibbuch des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Vorgeschichte des Weltkrieges folgte. Schon 1914 war ein deutsches Weibbuch in drei Teilen von je etwa 40 Seiten dem Reichstag vorgelegt worden. Es hat sich einer gefunden, ein Hauptmann v. Beerfeldt, welcher 1920 eine Broschüre veröffentlichte: „Michel, nach auf, Aufhebung der“

Vortragsfolge des Leipziger Genders

Mittwoch, 2. September.

- 4,30—6,00 nachm.: Nachmittagskonzert der Hauskapelle (verfügt).
- 6,30—6,45 nachm.: Klamm-Rundfunk zur Leipziger Weltmesse.
- 6,45—7,00 nachm.: Funkballstunde.
- 7,00—7,30 nachm.: Vortrag (von Dresden aus) des ärztlichen Bezirksvereins Dresden.
- 7,30—8,00 nachm.: Vortrag: Dr. Peter Graf: „Eine Würdigung Wilhelm Ohnwalds zu seinem 72. Geburtstage“.
- 8,15 nachm.: Vom Wesen der Kammermusik und ihrer Geschichte. 2. Abend. Deutsche Meister des 17. Jahrhunderts. Rintvirkende: Dr. Kurt Kreiser (erläuternde Worte), Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider, Ripshorn, Kropffoller), Theodor Wlumer (Klavier).
- 1. a) Hans Leo Hasler (1564—1612): Introde aus der Sammlung „Neuer deutscher Lustgarten“ (1601); b) Wechsler

- Frank (1573—1639): Introde (1608); c) Erasmus Widman (1572—1634): Introde aus der Sammlung: „Musikalische Kurzwelt“ (1618).
 - 2. Paul Peurl (Berlin): Erste deutsche Variationen-Suite (1611).
 - 3. Joh. Hermann Schein (1586—1630): Andante aus der Suite: „Musikalisches Bonnet“ (1617).
 - 4. Samuel Scheidt (1587—1654): Courante (1621).
 - 5. Johann Rosenmüller (1620—1684): 11. Suite aus der Sammlung Kammerkonzerten (1670).
 - 6. Joh. Philipp Krieger (1640—1725): Suite „Lustige Feiern“ (1704).
- Nachfolgend (etwa 9,30 nachm.): Pressebericht und Händebett Sportfunkdienst.
- 10,00—11,30 nachm.: Funkbreitl. Mitwirkende: Wera Walchenburg (Lieder aus der Viedermeyerzeit), Karl Rejler (Lustiges), Otto Gelfer (Oboe) und die Rundfunkhauskapelle. Am Brotkrumen-Spielweg: Willy Boyer.

Äußerungen des deutschen Reiches. Er ist dem Juche der Pöbellichkeit anheimgefallen.

Nachdem die belgischen Äkten und die Äkten zum Kriegsausbruch veröffentlicht waren, entschloß sich die deutsche Regierung, im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Artikel 231 des Versailler Vertrages zu Fall zu bringen, ganze Arbeit zu machen und die diplomatischen Äkten seit 1871 herauszugeben.

Dies geschieht in der Publikation „Die Große Politik der europäischen Kabinette von 1871-1914“. Bisher sind in vier Bänden 25 Bände veröffentlicht, welche die Äktenstücke bis zum Jahre 1908 umfassen. Die fünfte und letzte Reihe, umfassen die Äkten von 1909-1914, wird voraussichtlich im Herbst erscheinen. Dann ist der Augenblick gekommen, wo der Reichsminister des Auswärtigen zum Generalangriff auf den Artikel 231 zu blauen haben wird.

Als vierte große Äktenpublikation ist im vorigen Jahre die Urkundenammlung: „Der diplomatische Schriftwechsel Jomoffski 1911-1914“, welcher in diesem Jahre mit 200 Urkunden „Jomoffski im Weltkrieg, 1914-1917“ folgte, vom Geh. Legationsrat Steine im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in zusammen 6 Bänden erschienen. Das Jomoffski und Poincaré von langer Hand auf den Krieg hingearbeitet haben und als die Urheber des Krieges anzusehen sind, kann jeder an der Hand dieser Urkunden verfolgen.

Um gleichzeitig die amtlichen Publikationen von Österreich anzuführen — was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht trennen — so seien genannt: Das österreichisch-ungarische Reichbuch zur Vorgeschichte des Krieges, 3 Bände, Dr. Coos; Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, Wien, 1919, und Dr. Pribram: Die Geheimverträge Österreich-Ungarns 1870-1914, Wien, 1920.

Neben den amtlichen Quellenwerken gewähren die Memoiren der beteiligten Staatsmänner unschätzbare Aufschlüsse über die Kriegsschuld. Weltweit am ersten Stelle stehen Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, eine unerschöpfliche Quelle hoher Staatsweisheit in klassischer Form geboten, ein Buch, das für die historische Literatur das Bedeutendste, was Goethes Faust für die schöne Literatur, ein Buch, aus auf jeder höheren Schule gelesen zu werden verdient.

Auch alle seine Nachfolger — außer Caprivi — haben Erinnerungen hinterlassen: Fürst Hohenhausen: Denkwürdigkeiten; sie sind eine reich fließende Quelle, besonders für die Beziehungen Bismarcks zum Reich. Auch sein liberaler Sohn, Prinz Alexander von Hohenhausen, hat scharf kritische Erinnerungen, 1925, veröffentlicht.

Fürst Bülow: Deutsche Politik. Vergleichlich versucht er die Ablehnung des englischen Bündnisangebotes zu rechtfertigen, v. Tirpitz: Erinnerungen. So sehr sie sich, so hat sich doch seine Einstellung gegen England durch die Ereignisse als verfehlt erwiesen. — v. Bethmann-Hollweg: Betrachtungen zum Weltkrieg, der hoffnungslose Rechtfertigungsversuch eines edlen Mannes, der den diplomatischen Künsten weder seiner Gegenpartei in Paris, Petersburg und London noch seines Mitspielers in Wien gewachsen war. — v. Jagow, 1914 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Urreden und Ausbruch des Weltkrieges, Berlin, 1919. — v. Schön, Botschafter in Paris: Erlebtes, Stuttgart, 1921. — Graf Pourtales, Botschafter in Petersburg: Am Scheideweg zwischen Krieg und Frieden, Berlin, 1919. — Rieben-Wächter: Briefwechsel, Stuttgart, 1924.

Auch der frühere Kaiser und der frühere Kronprinz haben in den literarischen Kampf eingegriffen. Der Kaiser in seinem Buche: Ereignisse und Geschehen, vgl. dazu die heftige Kritik des Herausgebers der Großen Äktenpublikation, Archidirektor Dr. Thimme in der Kölnischen Zeitung, und der Kronprinz in seinen beiden Büchern: „Erinnerungen“, und „Ich suche die Wahrheit“. Letzteres, 1925 erschienen, berücksichtigt die Literatur und ist überhaupt durch seinen Stoffreichtum ausgezeichnet. Dazu Graf Zedlitz: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, ein wichtiges Quellenwerk zur Beurteilung der Person des Kaisers, Stuttgart, 1923.

In der Mitte zwischen Memoirenwerk und historischer Darstellung stehen die Bücher des ehem. Ministerpräsidenten im Auswärtigen Amt und Pressesekretär, Otto Hamann: Der neue Kurs, zur Vorgeschichte des Weltkrieges, um den Kaiser, Wälder aus der letzten Kaiserzeit, und ganz besonders der nichtüberlebende Bismarck, sodann zusammenfassend: Deutsche Weltpolitik 1890-1912.

Aus der österreichischen Memoirenliteratur seien erwähnt: Conrad v. Hötzendorf: Aus meiner Dienstzeit, 1906-1918. Noch unvollständig. — Graf Czernin: Im Weltkrieg, Berlin, 1919. — Graf Stürgkh: Politische und militärische Erinnerungen, Leipzig, 1922. — Graf Andrássy: Diplomatie und Weltkrieg, Wien, 1920. — Graf Burian: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung, Berlin, 1923. — Baron Szilassy: Der Untergang der Donaumonarchie, diplomatische Erinnerungen, Berlin, 1921.

Alle diese deutschen und österreichischen Memoirenwerke, mögen sie mehr oder weniger gut geschrieben sein, sind lehrreich und fesselnd und ergäuzen und bereichern sich gegenseitig. In dem Maße fehlen nur die Erinnerungen des Grafen Berthold, des österreichischen Ministers des Auswärtigen im Jahre 1914. Er hat bisher geschwiegen. Er weiß, warum.

Die Zahl der historischen Darstellungen zur Schuldfrage ist Legion. In Deutschland besteht eine besondere „Zentralstelle für Erforschung der Kriegursachen“, Berlin, Potsdam, Str. 118, welche von einem Neutralen, dem Schwedier Dr. Sauerbeck, geleitet wird und eine besondere Monatschrift: „Die Kriegsschuldfrage“, herausgibt. Eine ebensolche Monatschrift besitzt England: „Foreign Affairs“, und Frankreich „L'Universel“. Ein Gesamtverzeichnis der Kriegsschuldliteratur hat in diesem Jahre der Vörsenverein der deutschen Buchhändler herausgegeben und Dr. Sauerbeck hat ihm ein vorzüglich orientierendes Geleitwort vorausgeschickt.

In Sonderdarstellungen seien erwähnt: Die vom „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“ herausgegebene Sammlung von Beiträgen zur Schuldfrage, Berlin, 1924. Graf Montgelas: Zeitfaden zur Kriegsschuldfrage, Berlin und Leipzig, 1923. — Dr. Kurt Jagow: Das Drama der 13 Tage, Berlin, 1924. — Dr. Eugen Fischer: Kriegsschuldfrage und Außenpolitik, Berlin, 1923. — Dr. Ludow: Wo war der Kriegswille? 170 Selbstbekenntnisse der Gegner, Berlin, 1922.

Endlich sei auf zahlreiche Artikel im Archiv für Politik und Geschichte und in den Süddeutschen Monatsheften hingewiesen. — An allgemeinen Darstellungen seien genannt: Kochsahl, Deutschland und die Weltpolitik, Stuttgart, 1923. — Kochsahl, Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart, 1924. — Kochsahl, Geschichte des Deutschen Reiches von 1871-1924, Leipzig, 1924. — Hartung, Deutsche Geschichte von 1871-1919, Bonn, 1924. — Hartung, 40 Jahre Reichspolitik, 1878-1918, Leipzig, 1924. — Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg, Berlin, 1924.

Damit sei den Ausführungen Einhalt getan und nur noch darauf hingewiesen, daß über die Kriegsschuldfrage, die deutsche Schuldfrage, jeder unterrichtet sein muß, der den Anspruch auf Bildung erhebt. Besonders dringend ist diese Forderung jetzt, wo die Beendigung der großen deutschen Äktenpublikation bevorsteht und die geistige Kampf um die Kriegsschuldfrage zwischen den Gegnern von 1914 auf der ganzen Front entbrennen wird.

Röge dieser Kampf der Wahrheit eine Gasse bahnen.

Die neuen Kardinalsernennungen in Rom

Im Dezember 1925 werden, so teilt man uns von besonderer Seite mit, in einem besonderen Konfistorium, das den Abschluß des heiligen Jahres bildet, auch noch weitere Kardinalsernennungen erfolgen. Da verheißungsvoll, namentlich auch in der deutschen und merkwürdigerweise gerade in der nichtkatholischen Presse die bevorstehende Ernennung des jetzt endgültig nach Berlin abgereisten Runtius Pacelli zum Kardinal angeflüstert wurde, müssen wir uns doch mit diesen Dingen etwas beschäftigen. Runtius Pacelli wird jedenfalls für eine solche Ernennung als Kurienkardinal schon deswegen nicht in Frage kommen, weil seine diplomatischen Aufgaben in Berlin ihn bereit in Anspruch nehmen, daß die Verpflichtungen, die eine solche Würde mit sich bringen würde, von ihm nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden könnten. Außerdem legt man gerade in Deutschland auf die Beibehaltung dieses, wie er jetzt in Stuttgart genannt wurde, „großen und erhabenen Priesters des deutschen Volkes“, der das deutsche Volk und das deutsche Wesen gründlich kennt und für Deutschland so ungemein viel in aller Stille zu wirken wußte, den größten Wert. Weiter ist der frühere österreichische Bundeskanzler Seipel in der Reihe derjenigen genannt worden, die als neue Kurienkardine in Frage kämen. Auch das ist nicht der Fall. Für die Ernennung im Dezember kommen nach den vorläufigen Bestimmungen nur zwei Persönlichkeiten in Frage, und zwar der Barier Runtius Cerechi und Monsignore Perazi, der Bruder des bekannten Kirchenkomponisten.

Sandel * Wirtschaft * Verkehr

Die Reichsindexziffer steigt weiter

Berlin, 1. September. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats August auf 145,0 gegen 143,0 im Vormonat. Sie hat sich somit um 2,0 v. H. erhöht. Die Steigerung ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsmieten zurückzuführen; bei den Ernährungsangelegenheiten wurden Preissteigerungen von Fleisch, Butter, Milch und Eiern teilweise durch die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen.

Neue Konkurse

Blauen (Wogl.): Schnittwarenhändler Kurt Paul Wertheil, Blauen, Anmeldefrist bis 11. September. — Saalfeld (Saale): Hofmann u. Hofmann, in Saalfeld, Saalfeld, Anmeldefrist bis 16. September. — Wolfen-Rein: Kaufmann Franz Edward Haldobach, Drehbach, Anmeldefrist bis 26. September. — Chemnitz: Kneip u. Co., G. m. b. H., Chemnitz, Anmeldefrist bis 8. Oktober. — Lichtenstein-Cöllnberg: Schneidermeister und Zigarenhändler Richard Albert Oberbach, Lichtenstein-Cöllnberg, Anmeldefrist bis 23. September. — Merxian: Küniger u. Thomas, Merxian (Sa.), Anmeldefrist bis 30. September. — Bittau: Schuhmachermeister Josef Kirchner, alleiniger Inhaber der Firma Wilhelm Wittwer Nachf., Bittau, Anmeldefrist bis 21. September.

Geschäftsaussichten in Sachsen

Laut „Reichsanzeiger“ wurde die Geschäftsaussicht aufgehoben über Pferdehändler Simon Josefson, Grimma. — Kaufmann Adolf Wittenkaut, Leipzig, Reichenstraße 8, alleiniger Inhaber der Firma W. Wittenkaut, Leipzig, Nikolaistraße 10.

* Verlängerung der Aufbrauchfrist für alte Feuchtbrieftmüster. Auf Vorstellung des Deutschen Industrie- und Handelsvereins hin hat die Reichsbahn Verlängerung der Aufbrauchfrist für die veralteten deutschen Feuchtbrieftmüster der Größe 300x380 Millimeter bis zum 31. Dezember 1926 verfügt.

Berliner Produktenmarkt

Berlin, 31. August. Preise für Getreide und Cerealien für 1000 Kilogramm, laut für 100 Kilogramm ab Station. Weizen in Reichsmark: Weizen, märk. 215 bis 221, für September 296 bis 305, für Okt. 243 bis 242, für Dez. 251 bis 250. Roggen 165 bis 173, weicher. — bis —, für September 181 bis —, für Okt. 190,5 bis 191, für Dezember 198 bis 197. Winter- und Futtergerste 220 bis 220, neue 180 bis 185. Hafer, märkischer 173 bis 181, pommer. — bis —, für Sept. 172 bis 170, für Oktober 181 bis —, für Dez. 180 bis 190. Mais, Berlin 214 bis 218, für Mai —, für Juli —. Weizenmehl 31,00 bis 34,00. Roggenmehl 24,00 bis 26,00. Weizenkleie 12,50 bis —, Roggenkleie 12,80. Speise- u. Erbsen, kleine — bis —, Futtererbsen 21,00 bis 22,00. Bohnen, kleine — bis —, Bohnen 28,00 bis 29,00. Lupinen, blaue 12,50 bis 14,00, gelbe — bis —. Gerstendalla —, Kaputtula 15,80 bis 16,00. Leinwand 22,80 bis 22,80. Trossenmehl 12,00 bis —. Vollwertige Juckermehl —. Sojabohnen 21,25 bis 21,50. Torfmaße 30/70 8,80 bis 9,00. Kartoffelflocken 19,00.

Trotz geringem Angebot aus dem Inlande Getreide abnehmend, weil die Ungewissheit über das Schicksal der Einfuhrzölle und die guten Ernteschätzungen Preußens sowie die Verkaufung der amerikanischen und englischen Märkte die Unternehmungslust zurückdrängen. Beste in mittlerer Maßigkeit guter Ware eher billiger käuflich, keine Qualitäten. Hafer ruhig. Für Mehl zu gebürdlichen Preisen Nachfrage. Futterartikel still.

Dresdner Produktenmarkt

Dresden, 31. August. Weizen, inländischer, Basis 74 Kilogramm 228 bis 238, Roggen, inländischer 177 bis 182. Sommergerste 225 bis 230, Wintergerste 190 bis 195, Futtergerste —

Getreide und Vieh in Chicago

Chicago, 31. August. Weizen für September 153 1/2, für Dez. 153 1/2, für Mai 157 1/2. Mais für September 91 1/2, für Dezember 82 1/2, für Mai 86,25. Hafer für September 87 1/2, für Dezember 41,25, für Mai 45 1/2. Roggen für September 88,75, für Dezember 95,00, für Mai 100 1/2. Schmalz für September 16,87,50, für Okt. 17,02,50, für Januar 14,80. Rindfleisch für September 18,87,50, für Oktober 17,70, für Januar —. Speck 18,87,50. Schweine niedrigerer Preis 11,40, do. höherer Preis 13,00. Schweine niedrigerer Preis 11,80, do. höherer Preis 13,00.

Innotierte Aktien

Dresden, 31. August. Debag 0,08, Elag 0,008, Elbitalwerk 0,05, Eisenwagen 85, Ergeb. Holzindustrie 33,5, Frenzel u. Rein 88, Goldberg 46, Greifsel u. Albrich 0,15, Grimm u. Köhling 38, Grumbach 80, Herrmann 164, Rata u. Scher 128, Schömann 54,5, Societätsbrauerei Bittau 94, Tische u. Steinert 1,8, Wolfhaar Dainichen 0,75.

Fortlaufende Notierungen: 5 Proz. Reichsanf. 0,215 5/8, 8 1/2 bis 4 Proz. Leipz. Hyp.-Bfdr. 5,15 bis 5,2 1/2.

Von Stadlanleihen und Pfandbriefen wurden noch folgende Serien außer den in der Tabelle aufgeführten Berlin notiert: Gel. Leipziger Stadtanleihe 2,8 O., 3 und 4 Proz. Sächs. Erbländer Serie 17 a 20 O., Serie 20 a 11 1/2 O., 8 1/2 Proz. Landwirtschaftl. Pfandbr. Serien 23 11,5 O., 8 1/2 Landw. Kreditbr. Serie 18 15 O., Serie 24 2,8 O., 4 Proz. do. Serie 22 11 O., Serie 28 11,5 O., Serie 87 8 O.

Industrie-Obligationen: 5 Proz. Felsenfeller 0,25 O., 3 1/2 Prozent Erste Kumbacher Export 14 O., 5 Prozent do. 1 O., 5 Proz. Greizer Vereinsbrauerei 1 O., 4 1/2 Proz. Elbe 8 O., 4 Proz. Weimarer Felsenfeller 10 O., 4 Proz. Plauenischer Lagerfeller 10 O., 4 1/2 Proz. Societ. Holzschlachten 1 O., 5 Proz. do. 0,55 O., 5 Proz. Mittelh. Spirit 0,09 O., 5 Proz. Chemischer Papierfabrik Eintracht 0,25 O., 4 1/2 Proz. Chromo K. G. 6 O., 4 1/2 Proz. Ermenauer 1,8 O., 5 Proz. Heidenauer 0,5 O., 4 1/2 Proz. Jen K. G. 1,5 O., 4 Proz. Tode Papier 12 O., 5 Proz. do. 0,5 O., 5 Proz. Weissenborner 0,16 O., 5 Proz. Rauchhammer 0,85 O., 5 Proz. Rühlensan Sed 0,6 O., 4 1/2 Proz. Rudolf u. Steffen 0,4 O., 5 Proz. Döhlen 0,2 O., 4 1/2 Proz. Fischer 7,5 O., 4 Proz. Sondermann u. Eiler 7 O., 5 Proz. do. 0,8 O., 5 Proz. Union Werke 0,85 O., 5 Proz. Verein Elbebad 0,8 O., 5 Proz. Jittner Maschinenf. 0,6 O., 4 1/2 Proz. Vaher. Elektr. W. O. 0,5 O., 5 Proz. Elektra K. O. 0,8 O., 8 Proz. do. 0,04 O., 5 Proz. Elektrischer Wer. Gröbn 1,8 O., do. 2 0,25 O., 8 O. 4 O., 4 1/2 Proz. Elektr. W. Betr. K. G. 11 O., 4 1/2 Proz. Genex Elektr.-W. u. Ströb. 0,5 O., 5 Proz. do. 0,1 O., 5 Proz. Kraftu. Metallf. 0,025 O., 5 Proz. Kraftu. Thlr. 0,825 O., 4 1/2 Proz. Sächs. Elektr. W. u. O. 1 O., 4 1/2 Proz. Thlr. Elektr. u. Gasw. 0,65 O., 5 Proz. do. 0,8 O., 5 Proz. Chem. v. Oeyden 0,4 O., 4 1/2 Proz. Deutsche Zute 1,5 O., 5 Proz. Wehe u. Co. 0,175 O., 5 Proz. Hartwig u. Vogel 0,1 O., 4 1/2 Proz. Hotel Bellevue 12,25 O., 5 Proz. Drack. Tomwaren 0,5 O., 4 1/2 Proz. Friedrich-August-Werke 1,5 O., 5 Proz. do. 0,85 O., 4 Proz. Langes Zeitan 0,2 O., 5 Proz. Leipziger Zeitbr. Fabrik 2,5 O., 4 1/2 Proz. Ungarn-Werke 1 O., 5 Proz. Julius Köppler 1,5 O., 4 1/2 Proz. Sächs. Kammer 1,7 O., 4 1/2 Proz. Juckerfabrik Rünzberg 8 O., 5 Proz. Deutsche Eisen- u. Str.-O. 0,8 O., 4 1/2 Proz. Große Berliner Straßenbahn 12 O.

Dresdner Börse

Table with columns for various securities and their prices. Includes 'Deutsche Staatspapiere' and 'Wertbündige Anleihen'.

Eisenbahn- und Transport-Aktien

Table listing prices for various railway and transport stocks, including 'Bau-Aktien' and 'Papier-, Papierfabrik- u. Photogr.-Aktien'.

Porzellan-, Olen-, Scham- und Glasfabrik-Aktien

Table listing prices for porcelain, glass, and other factory stocks.

Maschinenfabrik u. Metall-Industrie-Aktien

Table listing prices for machinery and metal industry stocks.

Leicht. Unternehmungen. Röhren- u. Fahrrad-Fab.-A.

Table listing prices for light industry, pipe, and bicycle factory stocks.

Verschiedene Industrie-Akt.

Table listing prices for various other industrial stocks.

Brauerei- u. Spiritus-Fab.

Table listing prices for brewery and spirit factory stocks.

Chemische Industrie-Akt.

Table listing prices for chemical industry stocks.

Textil-Industrie-Akt.

Table listing prices for textile industry stocks.

Bank- u. Sparkassen-Akt.

Table listing prices for bank and savings bank stocks.

Immobilien-Akt.

Table listing prices for real estate stocks.

Ungarische Aktien

Table listing prices for Hungarian stocks.

Die Haltung der Zentrumsfraktion

Aus Abgeordnetensicht wird uns zum Austritt des Reichstages a. D. Wirth aus der Zentrumsfraktion geschrieben:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages stand in den letzten Wochen vor so schwierigen Problemen und Entscheidungen, daß nur derjenige ihre Haltung vollkommen verstehen und begreifen kann, der die Verhandlungen in der Fraktion mitgemacht hat. Der Reichstag mußte das Aufwertungsgebot, die neuen Steuergesetze und die Verabschiedung des Zolltarifs zustande bringen. Wäre der Reichstag auseinandergegangen, ohne in diesen drei großen Fragen der inneren Politik zu einem Abschluß zu kommen, so wären die wirtschaftlichen Auswirkungen geradezu katastrophal gewesen. Diese Tatsachen wurden auch von der in Opposition stehenden Sozialdemokratie anerkannt.

Der Streit ging nur darum, wie diese Probleme parlamentarisch gemeinert werden konnten. Die Beratung der Aufwertungs- und Steuergesetze im Plenum des Reichstages hat gezeigt, daß durch die wochenlangen Beratungen im Plenum des Reichstages irgendetwas wesentliches Aenderung der Ausschussbeschlüsse nicht hat herbeigeführt werden können. Bei der Beratung der Zollvorlage und deren Erlebigen im Reichstag hat es sich nicht um einen Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages gehandelt, vielmehr gestaltete der Paragraph 42 der neuen Geschäftsordnung ausdrücklich, eine ganze Vorlage als Einheit im Plenum zu behandeln und darüber in einer Abstimmung abzusprechen. Die Opposition verlangte zum Teil bis zu 100 Stunden Redezeit zur Zollvorlage für jede Fraktion. Auf diese Forderung konnten sich die Regierungsparteien nicht einlassen, weil der übermüdete und abgearbeitete Reichstag dann bis in den Herbst hinein hätte beisammen bleiben müssen. Im Zollkompromiß selbst wäre aber durch die lange Aussprache rein gar nichts geändert worden, weil dieser nach den Ausschussbeschlüssen gemäß einer Vereinbarung der Reichsparteien zu verabschieden war. Dabei handelt es sich nur um einen vorläufigen Zolltarif. Ohne die Verabschiedung der Zollvorlage wäre es unmöglich gewesen, die Handelsvertragsverhandlungen fortzuführen. Alle anderen Staaten haben Schutzollmauern um uns herum errichtet, und die Regierung braucht die Zollvorlage, um bei den Handelsvertragsverhandlungen mit gleichem Waffen kämpfen zu können. Kommen wir nicht alsbald zu Handelsverträgen, so wird unsere Wirtschaft immer mehr ruine, die Arbeitslosigkeit würde zunehmen, und die Besse hätte in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft zu tragen.

Aus diesen Gründen heraus hat die Zentrumsfraktion sich für eine einheitliche Behandlung der Zollvorlage im Reichstag ausgesprochen und diese mit anderen Parteien durchgeführt. Die Zentrumsfraktion hat die taktische Haltung eingenommen, die notwendig war, um den parlamentarischen Erfolg sicherzustellen.

Im übrigen besteht die Demokratie in der deutschen Politik nicht darin, den Mehrheitswillen des Volkes, wie er nun einmal bei den Wahlen zum Ausdruck kam, nicht zu respektieren. Die Zentrumsfraktion kann mit der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Reichstag als Mittelpartei auf Grund der parlamentarischen Machtverhältnisse zurzeit mit der Mehrheit die gesetzgebenden Arbeiten fördern und zum Abschluß bringen. In letzter Linie ist es daher das deutsche Volk selbst, das mit seiner Stimmabgabe diese politische Entwicklung eingeleitet hat. Dabei liegen die Verhältnisse praktisch so, daß nicht das Zentrum der Mehrheit in den entscheidenden politischen Fragen entgegengekommen ist, sondern die Rechte hat sich der politischen Auffassung des Zentrums in allen wesentlichen Punkten angeschlossen müssen.

In der Außenpolitik wird die alte Linie, die von Dr. Wirth und Marx festgelegt worden ist, fortgeführt. In der Aufwertungsfrage haben die Deutschnationalen ihre frühere Kollisionspolitik reiflich aufgeben müssen. In der Steuerfrage wurden starke soziale Belange in die einzelnen Gesetze hineingearbeitet. In der Zollfrage sind die Getreidemindestsätze von 5 und 5,50 Mark gefallen, desgleichen wurde eine Reihe wesentlicher Verbesserungen bei den einzelnen Positionen des Zolltarifs im Sinne der konsumierenden Bevölkerung durchgeführt. Die Sozialpolitik wurde fortentwickelt. Die Verhältnisse liegen praktisch so, daß, wenn die Sozialdemokratische Regierungspartei gewesen wäre, die anstehenden Gesetzgebungsarbeiten ohne wesentliche Veränderungen auch von ihr hätten angenommen werden müssen. Wer diese Gesamtverhältnisse objektiv prüft und berücksichtigt, der kann den Schritt von Herrn Dr. Wirth nur aufrecht bedauern und zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß noch ein Weg der Verständigung gefunden wird.

Allen Parteiangehörigen sei daher empfohlen, den beklagten Schritt Wirths ruhig zu beurteilen und an dem Willen zu einer Verständigung unentwegt festzuhalten. Die deutsche Zentrumspartei muß einzig bleiben, dann ist sie stark und in der Lage, ihre große nationale Aufgabe, die in der Rettung des Reiches und Volkes besteht, zu lösen.

Friedenstagung deutscher Katholiken in Beuron

(Eigener Bericht.)

Beuron, Ende August 1925.

Der „Friedensbund deutscher Katholiken“ hielt seine 2. Jahrestagung in Beuron ab, in der Woche vom 18. bis 22. August. Unter den circa 100 Teilnehmern bemerkten wir den Weihbischof Dr. Sproll von Rotenburg a. N., den Erzbischof Dr. Raphael Walzer aus Beuron, den protestantischen Pfarrer Dr. Kähler, von Weibburg-Stöckenberg, Prinz Max von Sachsen, Frau Abgeordnete Sieberts (Karlsruhe) und andere Gäste. Erfolgreich waren die Sympathiebindungen von Seiten der Hierarchie: Rutilius Sacellus, Kardinal Vertram, Breslau, als Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Schulte von Köln, Bischof Koppeler von Rotenburg, Weihbischof Burger von Freiburg i. N., des Erzbischofs, hatten Begrüßungsschreiben geschickt mit manchem programmatischen und anerkennenden Wort über das Ziel und die Arbeitsmethoden dieser organisierten pazifistischen Aktion im katholischen Deutschland.

Zum Festakt am Donnerstag nachmittags erschienen der Bischofsamteibischof Dr. Sproll und der Erzbischof von Beuron, P. Fr. Straumann (Köln) sprach über das Friedensbündnisprogramm; daran anschließend trat der Bischofsamteibischof in längerer Rede für die Befähigung der Kriegsveteranen ein und richtete herzliche Worte der Ermunterung an den noch jungen Friedensbund, dessen Aktion keine Hätzelarbeit, sondern eine ganz wesentliche Teilaufgabe in der allgemeinen Mission der Kirche selbst sei. Erzbischof Dr. Raphael bekannte sein Interesse an der Arbeit dieses Friedensbündnisses und versicherte ihn der Anteilnahme: „Ihr sollt arbeiten, wir werden helfen!“ Die Leitung der Tagung hatte Schulz Dr. Müller (Heslingen); auf seine gewandte und energische Amtsführung sehen wir zu ganz erheblichem Teil die große Aktivität und Ergiebigkeit dieser Arbeitstagung. In der ersten Bundesversammlung gab der Hauptgeschäftsführer, Auratus Ding (Berlin), einen Rückblick und Ausblick auf die Bundesarbeit, dem wir als Wesentliches das Folgende entnahmen:

Die größere Feltigung des seit 1920 bestehenden Bundes setzte 1924 ein, auf dem Freiburger internationalen Marc-Sagnier-Kongress; damals wurde die erste Fassung der „Richtlinien“ geschaffen. Weitere Stärkung brachte die erste Reichstagung, 1924 in Hildesheim; von daher stammen die gegenwärtigen Richtlinien.

Die Beuroner Tagung soll organisatorisch weiterbauen, größere Geschlossenheit und Zielklarheit bringen. Als ein Symptom innerer Erklarung darf die literarische Aktion bewertet werden: Im Theatinerverlag (München) erscheint die Schriftenreihe „Der Friede Christi im Reiche Christi“, bis jetzt 4 Nummern, die 5 wird die Straumann-Madermann-Festschrift bringen u. a.; dazu trat das Bundesorgan „Katholische Friedenswarte“, bisher 8 Nummern; die „Katholische Deutsch-französische Korrespondenz“ wird jetzt damit verbunden, als kulturpsychologisch recht wertvolle Ergänzung; und Straumanns Friedensbuch kommt der Bewegung merkwürdig zugute mit seiner offensichtlich starken Rückwirkung auf die öffentliche Meinungsbildung bzw. -umbildung. In den Realitäten der gegenwärtigen psychologischen Situation steht die Bewegung auch nicht vorbei; denn wie auf die verschiedenen Hemmungen für die katholische pazifistische Aktion hin. Trotzdem ist der Bund auch äußerlich vorangekommen. Er zählt gegenwärtig 43 Ortsgruppen mit circa 2000 Mitgliedern (Geschäftsstelle: Berlin W 58, Pappelallee 60; Mitgliedschaft jährlich 2 M.). Und als erste organisatorische Frucht der Beuroner Tagung wurden drei neue Landesstellen gegründet: In Düsseldorf, in Freiburg für Baden, und in Hamburg; vorbereitet ist die Gründung einer bayerischen, in München. Als Tagungsort für die nächste Jahrestagung wurde Münster in Aussicht genommen.

Als Bestimmungsbund muß es diese katholische Pazifistengemeinde anlegen auf größtmögliche Klärung der Zielgedanken, Läuterung der Motive und Verbollkommnung der Methoden; ohne diese Vorarbeit würde alle Propaganda und Aktion der festen Linie und Durchschlagkraft ermangeln. Auf diesem Gebiete wurde nun in Beuron gründliche Arbeit geleistet, in den 6 Vorträgen, den Aussprachen und Beratungen. Kaplan Wabel (Stuttgart) kennzeichnete in seinem Vortrag über die Stellung des

deutschen Klerus zur katholischen Friedensbewegung die gegenwärtige psychologische Situation des Klerus, unterchied die vier Gruppen der Nationalisten, Neutralisten, heimlichen und aktiven Pazifisten, und formulierte seinen Appell an die religiöse Führerschaft mit folgender Resolution: 1. Auf Grund der Kundgebungen der Päpste, zumal seit der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts kann die Haltung des deutschen Klerus nur christlich-pazifistisch sein. 2. Der deutsche Klerus kann niemals für ein System des Militarismus eintreten, das wieder auf Schaffung der allgemeinen Wehrpflicht abzielt, um auf diese Weise die kommende Entwicklung des deutschen Volkes zu beherrschen. 3. Der deutsche Klerus muß gemäß seiner Aufgabe als Erzieher zu Gerechtigkeit und Liebe im Frieden, in der Schule und auf der Kanzel darauf hinarbeiten, daß auch im Verkehr der Völker der Rechtsgebanne über den Nachgedanken liegt. 4. Der deutsche Klerus kann nicht anders, als mit Benedikt XV. geschlossen für die christliche Ausgestaltung des Völkerbundes eintreten, weil diese Ausgestaltung am besten ein Weg zur Schaffung einer internationalen Rechtsinstanz und damit zur Hebung der Völker zu werden vermag.

Schulz Dr. Müller (Heslingen) brüstete diese Frage im Hinblick auf die Erziehbarkeit; seine Resolution lautete: Die 2. Reichstagung des B.D.M. beruht einmütig über Heberzeugung, daß der Friede nur erhalten bleibt, wenn das künftige Geschlecht in der christlichen Vaterlandsliebe heranzögelt und fordert daher aufs neue eindringlich die Erziehung der Jugend in Kirche, Elternhaus und Schule im Geiste der Völkerverbrüderung. Insbesondere fordern wir nachdrücklich, daß im öffentlichen und privaten Unterrichts- und Bildungswesen der Artikel 148 der Reichsverfassung endlich durchgesetzt wird und erzwungen von Behörden und Parlamenten, daß künftige Beschlüsse seiner Bestimmungen unter keinen Umständen mehr gebildet werden. Diese Forderung bezieht sich zumgemäß auf das gesamte Gebiet der staatlichen, kirchlichen und privaten Jugendpflege aus.

Prof. Schmittmann (Köln) führte mit seinem Vortrage über Föderalismus und Friedensbewegung in den staatsphilosophischen Hintergrund des Kriegs- und Friedensproblems ein, enthielt den noch weichen herrschenden falschen neuhelmbischen Staatsbegriff und stellte die Reinigungsarbeit an nationalen und Staatsgedanken in helles Licht, die der Protestant und Preussische Konig Franz, der geniale Gegenpieler Bismarcks, längst geleistet hat. Die Aussprache hierzu hörte gewisse tagesspolitische Bedenken in dem Sinne, daß der Friedensbund deutscher Katholiken getreu seiner grundsätzlichen weltanschaulichen Weltanschauung nicht etwa auf ein überstaatliches, staatspolitisches Programm festsetzt.

Prinz Max von Sachsen Vortrag zeigte den Widerstand der Pazifisten an der Hand der geschichtlichen Lehren über die jahrbundertlangen Beziehungen zwischen französischer und deutscher Kulturentwicklung. Im Schlußvortrag gab Schriftsteller D. Müller (Wonn) die Quintessenz des Statoungsberichtes in Lyod und der Innsbrucker Akademikertagung, mit scharfer kritischer Zeichnung der Licht- und Schattenseiten in der katholischen Aktivität der Gegenwart.

Der geistige Höhepunkt aber war P. Fr. Straumanns Stellungnahme zur Frage der Kriegsdienstverweigerung. Angesichts der Bedeutung dieser Frage und des immer ungesünder sich meldenden Drängens starker Jugendkreise zur Entscheidung, wählte er dieses Thema auf das vorgegebene über Panuropa und Völkerbund. Seine Ausführungen waren von der nüchternen Gedankenklarheit, die wir bei ihm kennen. In dieser Frage hilft kein unklarer Sinn und Aber, noch auch ein bloß gefühls- und willensmäßiges Draufgängertum. Die Antwort lautet in dieser schwerwiegenden Zukunftsfrage Ja und Nein und fordert den mittleren Weg zwischen den zwei Extremen der neuhelmbischen-moralischen Staatsvergötterung und der revolutionären Staatsverneinung, die zu Unrecht auf einen unerleuchteten, religiösen Fanatismus sich berufen möchte. Es geht leider nicht an, Straumanns Gedankengang hier in ein paar Sätzen zusammenzufassen; der Vortrag wird in der nächsten Nummer der „Katholischen Friedenswarte“ veröffentlicht werden und eine solide Grundlage für die unvermeidlich kommende Diskussion abgeben.

Der Kongress schloß mit der Lesung eines Kapitels von der Liebe, in Paulus I Cor. 13, das feinesgleichen nicht hat in der Weltliteratur — hierin wie in der täglichen gottesdienstlichen Einleitung der Tagesarbeit blieb der Bund getreu seiner religiösen Grundhaltung, die nichts anderes will, als die Köpfe und Herzen öffnen und erwärmen für die päpstliche Friedenslösung — d. h. für die unerbittliche Konsequenz gelebten Christentums. —

D. Müller, Wonn.

Geldtaschen für Papier- und Hartgeld
Brieftaschen, Zigarren- und
Zigarettentaschen, Taschenspiegel
T. ALBERT, BAUTZEN
Lauengraben 10 Fernsprecher 1870

Die Rose der Sewi

Eine ziemlich wahre Geschichte von Ludwig Steub
(6. Fortsetzung.)

Als bald ging er an den Schrank, aus welchem er seinen Walfasch herauszog, denn er fühlte, daß die alte Reizung zur Kunst wieder erwacht sei. Um ihr nachzugehen, eilte er, seine Farben und Pinsel wieder heranzuholen, begann dann zu malen und malte drei Tage lang vom Morgen bis zum Abend. Dieses Mal hatte er auf den Wunsch der Mutter einen Gegenstand aus dem Evangelium gewählt, und zwar den heiligen Petrus, wie er weint. (Matthäus 26. 75.) Gute Freunde, die ihn näher kannten, behaupteten damals allerdings, er habe sich nur ausmalen wollen, wie sich unser Goethe mitunter auszuschreiben pflegte, und der reuige Petrus deute eigentlich nur auf die Reue hin, die er selbst empfunden über so manche verlorene Zeit und so viel vergeudetes Geld. Das Bild könnte übrigens noch heutiges Tages zu Langkampfen in der schönen Stube hängen, wenn es nicht ein unmoralischer Tourist einmal heimlich mitgenommen hätte. Es ist überhaupt sehr traurig, daß das eheliche deutsche Volk von der üblen Gewohnheit, fremde Bilder und Bücher einzuflecken, gar nicht lassen will. Herr Hans Peig zum Gesanten in Wizen beklagt sich bitter, daß es ihm nicht einmal mit fühlbaren Opfern möglich sei, seine kleine, aber ausserwählte Bibliothek von Reizebeschreibungen und Handbüchern vollständig zu erhalten, da alle Jahre gerade die besten Schriften in Abgang kämen. Herr Roman Steger zu Mühlbach und die Jungfer Scholastika am Achensee ergehen sich in denselben Klagen. Manche gebildete Leute in Tirol erklären auch, sie würden nie mehr Bücher anschaffen und auslegen, wenn sie doch alle den Weg des Fleisches gingen. Dies könnte allerdings nur eine gute Ausrube sein, wie denn der Mensch alles Denkbare ausnimmt, um seine Nachlässigkeit in der Anschaffung neuer Bücher möglichst zu maskieren.

Wir aber hätten vielleicht den wunden Fleck nicht beschreiben, sondern in unserer Geschichte fortfahren sollen, zumal da diese eben erzählen wollte, daß der Florian zumal in den Abendstunden wieder zur Fische zurückkehrte, die er, wie schon erwähnt, auch etwas hinten ge-

helt hatte, und der Mutter wieder die alten lieben Weisen vorpfeifte, so daß sie sich oft eine Träne wegwuschte.

Für seine kindliche Umgebung suchte er aus dem früheren Weisen nur soviel beizubehalten, als zur Sicherung der errungenen Vorbeeren notwendig schien. Er ging selten mehr zu den Scheidensfischen, zeigte sich aber desto öfter auf der Kegelbahn. Auch die Einladungen zu den Jagden waren ihm nicht unwillkommen. Den Faustkampf hatte er gänzlich eingestellt, aber auf den Vieh- und Jahrmärkten sah er gerne ein paar Steinlein unter seinen Füßchen, denen er dann bereitwillig eifrig Halbe Wein zum besten gab. Zum Vorteil, wenn er zur Erziehung seiner häuslichen Gesellschaft suchte er auch noch die Trümmer seines Katechismus zu retten. Wenn z. B. seine Stammgäste in die Feststube zu Langkampfen einen Streit erhoben, heftig wurden und sich gegenseitig niederzuschreien suchten, so stand er plötzlich auf und rief in den Lärm hinein ein donnerndes: de quibus non est disputandum, was die Leute so erschreckte, daß sie sofort stille wurden und ihn erlautet betrachteten. Wenn sie ihn dann um den Sinn dieser Bauerformel befragten, so erklärte er ihnen, was sie bedeutete, und setzte lächelnd hinzu, da sie, die Bauern, doch immer nur über Geschmacksfragen streiten, so sei es nicht der Mühe wert, so viel Geißel zu machen.

In ein anregendes Verhältnis trat damals der Florian von Langkampfen zu dem Valentin Hinterdecker von Baltsche. Diesen hatte er als Milchfalter bei den Franziskanern kennen gelernt und war mit ihm den langen Weg, der sie nach Hall und heimwärts führte, zu öfteren Malen auf und ab gewandert. Der Valentin war eigentlich auch zum geistlichen Stande bestimmt gewesen, wie unser Florian, war aber ebenjenseitig aus Ziel gekommen, wie dieser und zuletzt bei seinem Vater geblieben, um ihm bei der Haus- und Feldarbeit zu helfen. Doch zeigte sich binnen kurzer Frist, daß ihm diese Tätigkeit nur wenig mehr entpönte, denn auch sein Gemüt hatte einen poetischen Strich, und wenn er zu Hause war, schaute er sich immer in die blaue Ferne, in Gottes weite Welt. Darum suchte er seinen Vater lange zu überreden, daß er ihm einige hundert Gulden auf die Hand gebe, und als er dies erreicht, hing er allerlei Handelsschaft mit Vieh und Holz an, wobei er

nicht unglücklich war und reichlich Gelegenheit hatte, gar weit umher zu fahren.

Uebrigens behielt auch der Valentin, wie der Florian, noch als Bauerntochter oder als Vieh- und Holzhändler, eine hohe Achtung vor einem ordentlichen Briefe und um in diesem Fache nicht zurückzukommen, legten die beiden Freunde einmal auf dem Markte zu Mund untereinander fest, sich alle sechs Wochen wenigstens einmal und zwar ausführlich zu schreiben, um sich auf diese Weise mitzuteilen, was sie wieder gesehen und gelernt, auch etwa welche Reisen sie unternommen und wie diese ausgefallen seien.

Im übrigen ergab der Florian sich jetzt ganz und gar der Landwirtschaft und trachtete, alles, was er gelernt hatte, nützlich anzuwenden. Kam er in die Stadt, so suchte er zumeist die bessere Gesellschaft auf, welche bald da, bald dort zu treffen war, je nachdem der Wein bald da, bald dort für besser erachtet wurde. Da er nun so entschieden umgeschlagen hatte, so wurden auch seine Beziehungen zu den Honoratioren, welche wohl eher erfallt waren, leicht wieder wärmer. Man vergaß so manchen jugendlichen Streich, der ihm ausgekommen, und sah in ihm nur mehr den strebsamen und gebiegenen Landwirt, den man in einem wohlgeleiteten Gasthaus zu Langkampfen wohl auch gerne besuchte. Sein Vetter, den er selbst besorgte, stand in ebenso gutem Rufe wie seine Kühe, aber welche noch die Mutter wachte. Frau Gubroghne Weitenmoser war namentlich für ihre Speckfädel, das Nationalgericht der Tiroler, berühmt, und auch jenen dunklen Trank, der aus Arabien stammt, dessen Namen aber idealisierende Schriftsteller in gerne umgehen, teils wegen seines unedlen Klanges, teils auch, weil sie nicht wissen, wie sie ihn schreiben sollen, auch ihn verstand sie so zu bereiten, wie ihn der gekauerte Geschmacks unserer Zeit verlangt. Eines schönen Morgens hatte sie nämlich den heroischen Entschluß gefaßt, mit Zichorien und Feigen für immer zu brechen und den Cafe oder Kafee, Kaffe oder Caffee, Cafe oder Caffee, Kafe oder Kafes usw. — jetzt müssen wir den leidigen Namen doch verwenden — nur rein und ehl auf den Tisch zu bringen, ein Entschluß, der vielen andern schönen Wirtinnen von Tirol noch so fern liegt, daß sie ihm wahrscheinlich in diesem Jahrhundert nicht mehr nahe kommen werden. (Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Umschau

Gerechtigkeit und Liebe

die Vorbedingungen des sozialen Friedens
Rede von Justizminister Beysie auf dem Stuttgarter
Katholikentage.

Die deutsche Wirtschaftskrise, verbunden mit dem teuren Stand der Lebenshaltung, mit Wohnungsmangel und Wohnungsnot, mit Kapitalverlust und ungenügender Aufwertung bringt die Gefahr schwerer sozialer Kämpfe ins deutsche Volk. Schon hören wir von allen Seiten Kampfrufe, gegenseitige Beschuldigung und Bedrohung. Die einen klagen die heutige Gesellschaftsordnung als solche an und fordern ihre Beseitigung; fort mit der Macht des Kapitals, macht alle Betriebsmittel zum Gemeingut des schaffenden Volkes! Von der anderen Seite wird der Haltung der Arbeitnehmer die Schuld an unserer Lage zugeschrieben: mehr Arbeit und mäßiger Lohn! Beseitigung der sozialen Distanz — sind die Forderungen. So dürfen die Dinge nicht weiter treiben! Wer es gut meint mit dem deutschen Volke, der muß auf Mittel und Wege sinnen, die Gegensätze zu überbrücken, die Glieder des Volkes sich wieder näher zu bringen und ein friedliches Miteinanderarbeiten zu ermöglichen. Das praktische Ziel muß sein, daß auch bei beschränktem Stand des deutschen Wirtschaftsertrages alle Glieder des Volkes ihre Lebensnotwendigkeiten, soweit es überhaupt möglich ist, befriedigt sehen und daß sich alle zu den durch die Verhältnisse gebotenen Einschränkungen verstehen.

Wer zeigt uns den rechten Weg zum sozialen Frieden? Es fehlt nicht an Führerangeboten. — Da sind die Vertreter des wirtschaftlichen Liberalismus, die aus einer ungehemmten Entfaltung der Wirtschaftskräfte alles Gute erwarten. Dieser Liberalismus ist mit seiner Weltschmerz längst zu Ende. Die zum Frieden erforderliche Berücksichtigung aller Glieder des Volkes ist nur erreichbar, wenn eine gewisse Regelung ordnend eingreift.

Diese Regelung kann nicht mit einem völligen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung beginnen; denn Umsturz ist das Gegenteil von Frieden. Deshalb sind auch diejenigen falsche Wegweiser, welche mit der Aufhebung des Privateigentums und seiner Überführung in den Gemeinbesitz die sozialen Verhältnisse verbessern wollen. Der Versuch, die Lehre des Kommunismus zu verwirklichen, würde nicht den Frieden bringen, sondern die Ordnung und den letzten Rest deutschen Volksertrages vernichten, Land und Leute in das völlige Chaos stürzen.

Aber auch die vom Sozialismus geforderte Verstaatlichung wichtiger Produktionsmittel und eine umfassende Reglementierung des Wirtschaftslebens erweist sich nicht als der richtige Weg. Staatliche Bewirtschaftung kann den in angemessener Gewinnsüchtigkeit und gesundem Wettbewerb privater Unternehmer begründeten Auftrieb von Erzeugung und Handel nicht ersetzen. Weitgehender staatlicher Zwang in der Güterverteilung hat schon in den Jahren der Zwangswirtschaft vielfach zu völligem Mißerfolg geführt. Liberalismus und Sozialismus sind nicht die rechten Führer, weil sie von einem verhängnisvollen Irrweg herkommen, nämlich aus der Absage von Gott. Sie schalten Gott aus, anerkennen nicht, daß auch hier der Mensch eine gottgewollte Aufgabe zu erfüllen hat, sehen nur Menschliches und Materie und ihr Wirken. Aber diese Gottentfremdung hat die soziale Friedlosigkeit mitverschuldet. **Friede und wahre Wohlfahrt kann nur gelingen, wo die gottgewollte Lebensordnung besteht — wo die Einheit hergestellt ist zwischen Gott und den Menschen in allen seinen Lebensbetätigungen.** In dieser Einheit, zu der Anerkennung der gottgewollten Ordnung, auch im Wirtschaftsleben, müssen wir zurückkehren, dann haben wir den Weg zur Wohlfahrt. An die Besserung, Verbesserung, Heilung müssen wir mit den Mitteln herangehen, die ein Höherer uns weist: Gerechtigkeit und Liebe.

Im Lichte des Christentums sind die Grundlagen der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht zu verwerten.

Das Privateigentum, auf dem sie aufgebaut ist, ist die vernunftgemäße Grundlage für die natürliche Daseinshaltung des Menschen. Das Privateigentum entspricht aber auch der dem Menschen von Gott gegebenen Freiheit und ist Voraussetzung der bestmöglichen Entfaltung seiner geistigen Kräfte. In Freiheit soll der Mensch nach dem Willen Gottes sein „Talent umsetzen“. Jedoch ist diese Freiheit keine schrankenlose.

Nun sehen wir aber, daß die moderne Wirtschaft und die heutige Gesellschaft die Schranken der Freiheit vielfach überschritten hat, indem sie Eigentum, Besitz, Gelderwerb als Selbstzweck betrachtet; indem sie in rücksichtslosem Egoismus den eigenen Vorteil verfolgt und sich nicht um das Schicksal anderer kümmert; indem sie die materiellen Werte im Uebermaß betont und die geistig-seelischen Belange vernachlässigt.

Diese Auswüchse unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung müssen bekämpft werden. Wir müssen wieder die richtigen Schranken für Eigentumsgebrauch und wirtschaftliche Freiheit finden und deutlich herausheben. Den untrüglichen Maßstab hierzu bietet uns die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber im christlichen Sinne besteht nur, wenn das Verhältnis des Menschen zum Menschen und das Verhältnis des Menschen zu den Dingen vor Gott recht ist.

Die christliche Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der Rechte aller Menschen. Sie schließt in sich den Schutz der Schwachen vor überprüflichen und seelischen Gefahren; sie kennt die Würde der menschlichen Persönlichkeit und verwirft die Gleichsetzung der menschlichen Arbeitskraft mit lebloser Ware. Im Verhältnis des Menschen zu den Dingen verlangt die christliche Gerechtigkeit zwar die Verwirklichung des Privateigentums, aber sie erinnert daran, daß der Mensch vor Gott nur Nutznießer des ihm anvertrauten Gutes ist, daß er hierüber Rechenschaft abzugeben hat, und daß für die christliche Betrachtungsweise das Eigentum befristet ist mit der unablässigen Verpflichtung, es zu Gottes Ehre und zum Nutzen der Gemeinschaft zu gebrauchen.

Gerechtigkeit muß wieder der feste Grund der staatlichen Gesetzgebung auf allen Gebieten des sozialen Lebens werden. Gerechtigkeit fordert im besonderen, daß in der Gesetzgebung die sozialen Verhältnisse gebührend berücksichtigt werden, daß der Staat den durch Kriegssopfer besonders belasteten Volksgenossen zu Hilfe kommt, daß auch hinsichtlich der durch die Inflation eingetretenen Vermögensveränderungen eine befriedigende Ausgleichung versucht wird. Gerechtigkeit gebietet dem Staat, daß er die Volksgenossen vor wucherischer Ausbeutung schützt. Die Sozialversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung ist und bleibt ein Gebot der christlichen Gerechtigkeit ebenso wie eine der Körperkraft und Menschenwürde des Arbeiters Rechnung tragende Regelung der täglichen Arbeitszeit und der Sicherung der Sonntagsruhe.

Freiheit kann der Staat, die öffentliche Gewalt, allein die sozialen Schwierigkeiten nicht lösen. Deshalb muß Gerechtigkeit die Richtschnur für das soziale Handeln auch jedes einzelnen von uns sein. Sie muß als objektiver Maßstab den wirtschaftlichen Handlungen zugrunde liegen und muß als Regulator das subjektive Denken und Urteilen der Volksgenossen ausgleichend beeinflussen.

Wenn solcher gerechte Geist unser öffentliches Leben durchdringt, dann haben wir eine mächtige Schutzwehr für den sozialen Frieden geschaffen. Denn Gerechtigkeit ist die Grundlage jeden geordneten Zusammenlebens. Auch wenn Not und Last nicht ganz beseitigt werden können, so werden sie doch leichter getragen, wo der Glaube an die Gerechtigkeit der öffentlichen Gewalten besteht. Das Gefühl, ungerecht behandelt oder schuldlos zu sein, beseitigt nicht verblühend, aufreizend, friedstörend.

Die Befriedigung der Gemeinschaft durch Hebung der sozialen Lage wird um so besser verwirklicht, wenn zu der schlichtenden, ordnenden, ausgleichenden Macht der Gerechtigkeit hinzutritt die erwärmende, belebende Kraft der Liebe. Ein geistliches Gemeinschaftsleben ohne Wohlwollen und Wohltun ist

nicht denkbar, neben das aus Pflicht geborene Recht muß auch die aus Güte stammende Willigkeit treten.

Aus solchem Geist der Liebe entspringt Ehrfurcht vor der Persönlichkeit des Menschen, möge er einer Klasse, einem Stande, einem Berufe angehören, welchem er wolle. Nicht Wissen, nicht Reichtum, nicht hohe Stellung macht die Würde des Menschen aus, sondern die sittliche Größe seiner Seele.

Bei solcher Einstellung auch im wirtschaftlichen Verkehrt kommt wieder Seele in die Gemeinschaftsbeziehungen. Das Tote, Kalte, Vielfach Unwürdige, das die Mechanisierung und Ueberorganisation unseres Arbeits- und Wirtschaftslebens gebracht hat, und das so oft zu Erbitterung und Unzufriedenheit Anlaß gibt, wird überwunden.

Wo der Geist der Liebe walten, wird dem anderen nicht nur gegeben, was ihm nach Recht gehört, sondern es wird ihm auch warmherzig gegeben; der andere darf eine innere Teilnahme an seinem Ergehen fühlen. Wo dieser Geist lebt, da findet der Arbeitnehmer eine menschenfreundliche Behandlung; da wird auch sein persönliches Interesse am Betrieb geschätzt und gefördert. Wo der Geist der Liebe herrscht, da schaut der Arbeiter aus seiner Seele die Gedanken des Arbeitgebers und der Wohlwollenden, da kann auch er sich als gleichberechtigtes Glied fühlen in dem großen Vorgang der Lebenshaltung des Volkes, da wird sein Herz frei und weit, und stolz schaut er auf seine Arbeit als wertvollen Dienst an der Gesamtheit.

Gerechtigkeit und Liebe auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens angewandt, bringen die Lebensordnung, bei der allen Volksgenossen der zur Erhaltung ihres Daseins notwendige Anteil an den Gütern des Lebens gewährt und ihnen auch die gebotene Pflege ihrer Menschenwürde und ihrer Seele zuteil wird. Sie können das Volk befreien.

Die Verwirklichung dieser Ideale fordert aber viel Opfergeist, viel Ueberwindung von menschlichem Eigennutz und Selbstsucht. Hohe Erwägungen der Humanität, bloße Antriebe einer menschlichen Ethik würden nicht ausreichen, um die selbstischen Hemmungen zu überwinden. Das Wesentliche ist, daß unser Zeit wieder die Gebote der Gerechtigkeit und Nächstenliebe als Gottes Gebote und Bewußtspflicht anerkennt und sie als solche in der Tat übt. Deshalb hat sich mit Recht die Kirche der sozialen Frage angenommen. Ich brauche nur den Erbkatholiken Papst Leo XIII. zu nennen, und vor aller Geist wird lebendig, wie seine große Enzyklika über die Arbeiterfrage vom 15. Mai 1891 mit der Leuchte der göttlichen Wahrheit die sozialen Schwierigkeiten der modernen Zeit und ihre Ursachen aufzeigt und der Welt die übernatürlichen Heilmittel zur Ueberwindung der Noth und Gefahren aufzeigt hat. Ich darf daran erinnern, wie unser deutscher Episkopat bis auf die heutige Zeit immer wieder in Wort und Schrift den deutschen Katholiken die aus der christlichen Glaubens- und Sittenlehre für das wirtschaftliche und soziale Verhalten sich ergebenden Folgerungen offenbart und für den sozialen Frieden durch Verbreitung der Gedanken von Gerechtigkeit und Liebe gewirkt hat. Der Ruf der Kirche ist im katholischen Deutschland, das können wir Gott sei Dank sagen, nicht ungehört verhallt. **Und wenn wir deutschen Katholiken uns in dieser Zeit angesichts der drohenden Wirtschaftslage verpflichten sozialen Schwierigkeiten gegenübersehen, so wollen wir uns um so hoffnungstreuer wenden zu den Hilfsmitteln, die uns die Kirche weist zur Bekämpfung der sozialen Noth, zur Erlangung sozialen Friedens.** Wir wollen uns rüsten mit der Leuchte der Gerechtigkeit und mit der unüberwindlichen Macht der Liebe. Katholiken Deutschlands aller Berufe, aller Klassen, werdet einig in dem Bestreben, in allem wirtschaftlichen und sozialen Handeln vor Gott recht zu tun und überall die wahre Menschenliebe walten zu lassen; erfüllt euch mit dem Geiste selbstloser Opferbereitschaft; denn ohne Opfer eines jeden von uns können die Schwierigkeiten nicht überwunden werden.

Zollpolitik in Sowjetrußland

Man schreibt uns:

Im Reichstag haben die Kommunisten eine ganz besonders scharfe Opposition bei der Beratung des Zollgesetzes betrieben. Sie gingen sogar bis zur Obstruktion und zur Sprengung der Sitzungen, ließen es auf Massenhinwürfe durch Kriminalbeamte und Polizei ankommen und stimmten im übrigen ein herabwiegendes Klagegedicht über die Bosheit der deutschen Parteien und der deutschen Regierung an, die Zölle schaffen wollen.

Da mit der agitatorischen Phrase, daß ausgerechnet Deutschland „Zollwucher“ treibe, die Kommunisten im Lande ihren Kampf gegen das Zollgesetz führen und begründen, und da auch von sozialdemokratischer Seite vielfach mit in diese Agitation eingestimmt wird, ist es doch von Interesse, die Verhältnisse in Sowjetrußland selber einmal gründlich sich anzusehen. Kein anderer als der Sozialist Max Schippel ist es, der in den sozialistischen Monatsheften sowohl der eigenen Sozialdemokratischen Partei wie aber auch den Kommunisten recht deutlich und gründlich die Wahrheit sagt. Insbesondere ist bemerkenswert, wie in Sowjetrußland, unter dessen Kommando ja die deutschen Kommunisten stehen, eine Zoll- und Handelspolitik getrieben wird. Auch diese Dinge sind ausdrücklich unter die Parole: Diktatur des Proletariats! gestellt. Vergleicht man nun den alten deutschen Zolltarif vom Jahre 1902, dessen Agrarzölle weit höher waren, als die in dem jetzigen Zollkompromiß festgelegten Zölle, mit dem russisch-bolschewistischen Zolltarif vom 8. Januar 1924, so kommt man nach Schippel zu folgendem Ergebnis: **Hoheisen, deutscher Zolltarif in Rubel = 2,18 M. je Doppelpentner 1, russischer Zolltarif in Rubel = 2,18 M. je Doppelpentner 2,75, Eisenblechen 2,50 M. bzw. 6 Rubel, Eisenbahn-Waggonwagen 5 M. bzw. 12 Rubel, Messerwaren 15—25 M. bzw. 244 Rubel, Papiermasse 8 M. bzw. 3 u. 12 Rubel, Wappe 4 u. 8 M. bzw. 8 u. 25 Rubel, Wapppapier 4 M. bzw. 3,50 Rubel, Baumwollgarn 6 u. 14 M. bzw. 39 u. 107 Rubel, Wolllgarn 2 u. 27 Mark bzw. 81 und 238 Rubel, frisches Gemüse 4 M. bzw. 5 u. 9 Rubel, Obst und Beeren 6 M. bzw. 30 Rubel, Käse 4 M. bzw. 18 Rubel, Rindfleisch 75 M. bzw. 74 Rubel, Milch 20 M. bzw. 25 u. 30 Rubel,**

Suppen 70 M. bzw. 91 Rubel, Butter und Margarine 30 M. bzw. 24,50 Rubel, Käse 30 M. bzw. 74 Rubel.

Diese Tabelle ist von ganz außerordentlicher Bedeutung. Sie zeigt nicht nur, daß Sowjetrußland einen Zolltarif für Landwirtschaft und Industrie für absolut notwendig, ja für eine unentbehrliche Säule in der gesamten Wirtschafts- und Produktionspolitik ansieht, sondern es ergibt sich daraus auch, daß die sowjetrussischen Zölle wesentlich höher als die deutschen sind.

Ferner ist sehr bemerkenswert, daß der Sozialist Schippel seinen eigenen Leuten vorhält, daß Zolltarif überhaupt nicht nach irgendwelchen Partei-Maximalkriterien beurteilt und behandelt werden können, sondern daß sie einzig und allein vom Standpunkte der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit betrachtet werden können und dürfen. Das ist allerdings eine Auffassung, die man bei den Sozialdemokraten während der letzten Vorgänge im Reichstag und auch jetzt in ihrer Agitation in der Presse vergeblich sucht.

Von der russischen Freiheit

Extremer Klassenkampf heißt nicht auf Besserung bestehender Mißverhältnisse, sondern auf Umgruppierung der Kräfte. Seine Triebfeder ist Unzufriedenheit, die sich bei der Eroberung der Macht auf die überträgt, die man zu schätzen vorhat. Es ist bekannt, daß man in Rußland nur das sagen und schreiben darf, was die Regierung vorschreibt. Selbst die Gewerkschaften sind lediglich Organe der Sowjetgewalt. Jede freiwillige Selbstbetriebsorganisation innerhalb derselben wird mit allen militärischen und politischen Mitteln unterdrückt. Am 2. April dieses Jahres erschien in dem vom Eisenbahnerverband herausgegebenen Blatte „Gudok“ ein Vortrag des Vorsitzenden Andrejew, der die unerhörten Zustände auf den russischen Eisenbahnen schilderte. Es wären Leute entlassen worden nur deshalb, weil sie keine Beiträge für die rote Hilfe entrichtet hätten. Die Möglichkeit des Verbandes sei zum Teil an diesen Dingen mit schuld. Im übrigen spottete die Redlichkeit der Arbeiter jeder Verschönerung. Es werde ein systematischer Feldzug gegen den Lohn geführt, teils im Interesse der roten Hilfe, teils für die Luftflotte. Die betreffende Nummer wurde sofort beschlagnahmt, ebenso die folgende Nummer, in der eine „Reaktion“ der Arbeiter vorgenommen war, die aber scheinbar nicht genügte.

Das gleiche berichtet die amerikanische Volkswirtschafts Encke Goldmann, die sich längere Zeit in Rußland aufhielt. In einer Petersburger Mühle zum Beispiel würden die Arbeiter von Soldaten bewacht, als wenn sie Galeriensträflinge wären. Beim Verlassen der Fabrik nach Hause würde jeder Arbeiter überprüft. Angeblich soll hier Mehl verschwinden sein, aber die Kommissare und Soldaten wissen schon, wo das Mehl hingehört. Jeder, der es auch nur wagt, sich zu beschweren, wird als Gegenrevolutionär festgesetzt. Die Zahl der Beamten und Angestellten sei geradezu überflüssig angewachsen. In einer Schule, wo die Kinder von Angeleser und Schmutz verzögert würden, kämen auf 125 Kinder nicht weniger als 135 Funktionen, in einer anderen bei 26 Kindern 40. Neben diesen Schulen gäbe es noch Art der „Mutterfabriken“ auch guterrichtete Schulen für die künftigen Regenten des Landes, denen es an nichts fehle, und die den fremden Missionen und Delegierten die Vorzüge der Sowjetrepublik illustrieren sollen.

Wie froh können wir doch sein, daß wir in einem noch kommunalistischen Begriffe unfreien Lande wohnen!

Die neuen Arbeitsgerichte. Gemeinsam vom Reichsarbeitsministerium und Reichsjustizministerium ist ein neuer Gesetzentwurf über die Arbeitsgerichte ausgearbeitet worden. Als Vorlage diente ein Entwurf, der bereits im Jahre 1923 dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt hatte. Die Arbeitsgerichte umfassen drei Instanzen: Das örtliche Arbeitsgericht, das den Bezirk eines Amtsgerichtes umschließt, das Landesarbeitsgericht und das Reichsarbeitsgericht. Entgegen starken Einwendungen, das örtliche Arbeitsgericht mit den ordentlichen Gerichten zu verschmelzen, bleibt dasselbe wie bisher ein selbständiges Gericht. Sein Vorsitzender ist entweder ein ordentlicher Richter oder eine andere entsprechend vorgebildete Person. Er entscheidet Fälle, die wirtschaftlich und rechtlich eine weniger große Bedeutung haben, endgültig. Das Landesarbeitsgericht und das Reichsarbeitsgericht sind als besondere Kammer bei den Landgerichten und dem Reichsgericht gebildet. Der Umfang der Arbeitsgerichte erstreckt sich im Gegensatz zu den bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auf die gesamte Arbeitnehmererschaft, also auch auf die Landarbeiter, die Hausangestellten und öffentlichen Betriebsarbeiter. Bei der zweiten und dritten Instanz werden nunmehr außer den Rechtsanwältinnen auch Gewerkschaftsführer als Vertreter zugelassen.

Dresden

Volksmission in Dresden

Am letzten Sonntag ist's von allen katholischen Kanzeln im Archipresbyterat Dresden den Gläubigen verkündet worden, daß Ende September in sämtlichen Pfarrbezirken Dresdens eine heilige Volksmission beginnt. Was eine Volksmission ist, werden wohl die meisten Leser dieser Zeitung wissen. Und die Dresdner Leser werden sich auf die kommende Mission freuen und viel Gutes von ihr für den Einzelnen und die Gemeinden erhoffen.

Dann mögen sie aber auch nicht verkümmern, den guten Grund für die Mission schaffen zu helfen. Vor allem durch ihr Gebet: „Ein wahrer Gebetssturm soll dem Gnadenwirken des heiligen Geistes die Wege bereiten und das Angesicht der Dresdner katholischen Gemeinden tatsächlich erneuern“. So steht's in dem Aufruf der Dresdner Pfarrgeistlichkeit zu lesen. Die Erfüllung solcher Bitte ist ganz gewiß eine große Hauptsache, ja die allergrößte.

Weiterhin mögen aber die Katholiken in Dresden auch persönlich Arbeit leisten als Laien Helfer. In den meisten Gemeinden sind wenigstens die Anfänge der Laienhilfe in der Seelsorge vorhanden. Diese Laienhilfe muß jetzt großzügig ausgebaut werden. Wir dürfen unsere geistlichen Seelsorger nicht allein arbeiten lassen. Sie können es auch allein nicht schaffen. Die Liebe Christi sollte jeden einzelnen katholischen Christen drängen, mitzutun. Bei gutem Willen läßt sich schon noch ein Stündchen oder das andere herausfinden für die Arbeit im Dienste der Brüder. — Wenn also nächsten in irgendeiner Form der Ruf an dich, mein lieber Leser, ergeht, deine Kräfte dem Laienapostolat, besonders gerade jetzt in den wichtigsten Tagen der Vorbereitung der heiligen Mission zu widmen, dann sei vernünftig und überlasse nicht die große Arbeit weniger andern. Dann wird denen die Arbeit zu groß. Du sollst mitwirken, welchem Stande oder Beruf du auch angehören magst, ob du gelehrt bist oder arm oder reich oder ungebildet. Heran, lieber Freund, zur fröhlichen Mitarbeit! Sei nicht träge, gebrauche keine leeren Ausflüchte! Folge dich durch die Tat dankbar für das unermeßlich große Gnadengeschenk des heiligen Glaubens.

Unfall bei der Landwirtschaftlichen Landesausstellung Sachsen in Dresden-Reich (Straßenbahnlinien 9 und 12), die am Freitag, den 4. September, 8 Uhr vormittags, dem öffentlichen Verkehr übergeben wird, veranstaltet der Sächsischer Fischereiverein am Freitag, den 4. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Saale des Hotels „Zu den drei Raben“, Mackenstraße, eine öffentliche Versammlung. Referate werden gehalten von den Herren: Regierungsrat Prof. Dr. Sieglitz, Major a. D. von Camppe, Landesfischereiarzt Dr. Wöhlgen, Rudolf Linke, J. von Davier, Dr. Wehring, Oberinspektor Berthold. Die Veranstaltung, die öffentlich ist und zu der alle Freunde der Fischerei eingeladen sind, bezweckt, alle Tely- und Fischereibesitzer Sachsens im weitesten Maße zusammenzubringen und zur Mitarbeit im Sächsischen Fischereiverein aufzufordern.

Zeugen gesucht. Am 19. August nachmittags in der zweiten Stunde wurde an der Straßenbahnhaltestelle Eduard-Vorsberg- und Wölkstraße eine 82 Jahre alte Dame von einem Radfahrer, der sich Alfred Jentsch nannte, angefahren und zu Boden geworfen. Die Dame wurde dadurch erheblich verletzt. Der Radfahrer hat sich einen falschen Namen beigelegt und war bisher nicht zu ermitteln. Wer Angaben über ihn machen kann, wird nach dem Volksempfängeramt, Verkehrsabteilung, Zimmer 102, gebeten.

Leipzig

Hundertjähriges Geschäftsjubiläum. Am 1. September 1925 feiert die Firma Geier u. Vogel (Schroeder'sche Papierfabrik) Leipzig auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück. 1825 von Ferdinand Geier und Johann Carl Vogel gegründet, hat sie sich aus kleinen Anfängen zu einem der bedeutendsten Unternehmen des Papierwesens entwickelt. Neben dem Leipziger Stammhaus unterhält die Firma in Berlin, Hamburg und München eigene Filialen; ferner ist sie händiger vertreten in Dresden, Stuttgart, Nürnberg, Hannover, Magdeburg, Königsberg, Köln, Breslau, Gießen und Bremen.

Deutscher Seidenbau

Auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung zu Dresden-Reich (vom 4. bis 7. September) tritt die Deutsche Seidenbau-G. m. b. H., Sitz Leipzig, Zoologischer Garten, mit einer umfassenden wissenschaftlichen und praktischen Darstellung des deutschen Seidenbaues vor die Öffentlichkeit. In einem eigenen geräumigen Zelte wird den Besuchern der Landwirtschaftlichen Ausstellung ein vollständiges Bild geboten vom Werdegang der Seide, von der Pflege und Kultur der Seidenraupen bis zum fertigen Textilprodukt. Lebendes und totes Material legen Zeugnis ab von der Eigenart dieser uralten Kultur und ihrer industriellen Auswertung, die in Deutschland neuerdings viel beachtet wird und zum mindesten einen nicht bedeutungslosen Faktor in dem Ringen um die Wiederauflebung unserer Wirtschaft bilden kann. Eine Sammlung von Maulbeerpflanzen und anderen gebräuchlichen Futterpflanzen führt in die Lebensweise der wertvollen Raupe des Seidenpinner (Bombyx mori) ein, die in zahlreichen Exemplaren und allen Haltungsstadien auf Futtergestellen gezeigt werden. Die Wartung dieser empfindlichen, von vielen Krankheiten bedrohten Raupe wird in wirkungsvoller Weise am lebenden Objekt deutlich gemacht. An verschiedenen gestellten Spinnhilfen sind ältere Raupen „bei der Arbeit“ zu sehen. Unter gleichmäßigen, dem Werken der Weberinnen ähnlichen Bewegungen des Kopfes hülfen sie sich in den verflochten, aus dem Spinnapparat heraus tretenden doppelten Seidenfäden und verspinnen ihn zu den bekannten Kokons, die die Grundlage der technischen Verarbeitung bilden. Neben den hauptsächlich gezeigten Worten von Kokons werden auch die verschiedensten auswählbaren Seidenschmetterlinge gezeigt. In den anatomischen Bau der Raupe, ihres Spinnapparates, ihrer Kokons führen plastische Modelle aus Wachs, wissenschaftliche Präparate u. a. ein. Das Weibchen der Puppe in den Kokons, die Vorbereitung des Seidenfadens für die weitere Verwendung und das Entschuppen selbst werden an einer großen, äußerst sinnvoll konstruierten Maschine vorgeführt, die das Eingreifen der gewöhnlichen Hand des Menschen in den Lebensprozess des Insekts deutlich macht. Die Naturgeschichte der Seidenraupe wird in zahlreichen, lehrreichen Zusammenstellungen gezeigt, ebenso die Technologie entwicklungsgeichtlich in schönen Sammlungen klar gemacht. In einem Lehrfilm, der durch einen Tageslichtprojektor (Firma Ernemann, Dresden) abgerollt wird, erscheint die Seidenraupe beim Einpflanzen.

25 Jahre Deutscher Handwerks- u. Gewerbehammerstag

Aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums, welches vom 27. bis 30. August durch eine Festigung in Lübeck begangen wurde, hat der Deutsche Handwerks- und Gewerbehammerstag — die öffentlich-rechtliche Spitzenorganisation der 37 deutschen Handwerks- und Gewerbehammer — eine gut ausgestattete reichhaltige Denkschrift über seine Tätigkeit herausgegeben, aus deren Inhalt wir folgendes mitteilen.

Zweck der Denkschrift soll nicht sein, eine ausführliche Geschichte des Hammertages und seiner Arbeiten zu geben, sondern es sollen nur Wesen und Aufgaben des Hammertages und seiner Mitgliedsorganisationen dargestellt und die wichtigsten Gebiete zusammengefaßt werden, auf denen sich bisher die Arbeit des Hammertages vollzogen hat. In der Tat stellt die Denkschrift auch keineswegs nur einen nüchternen Tätigkeitsbericht dar. Sie gibt vielmehr ein anschauliches Bild, wie die durch das sog. Handwerhergesetz von 1897 geschaffenen Handwerkskammern über die reine Verwaltungstätigkeit einer regionalen Berufsvertretung hinaus durch den Zusammenschluß im Hammerstag sich eine Vereinigung für das Reichsgebiet geschaffen haben, die sich unbestritten zum Kernpunkt der allgemeinen Handwerkbewegung entwickelt hat. Unter ständiger Erweiterung seines Tätigkeitsgebietes ist der Hammerstag organisch zu seiner heutigen Bedeutung herangewachsen. Für die Gebiete der technischen und kulturellen Handwerksförderung, auf denen der Hammerstag seiner Natur nach nicht unmittelbar tätig sein konnte, wurden eine Reihe von Einrichtungen geschaffen bzw. unterstützt, die mit dem Hammerstag in enger Verbindung stehen. Es sind dies hauptsächlich das Reichshandwerksinstitut für Handwerkpädagogik in Hannover, das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe und die Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur in Hannover. Vorwiegend den Bemühungen des Hammertages verdankt auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, der im Jahre 1919 als Zusammenschluß sämtlicher Handwerksorganisationen errichtet wurde, sein Bestehen. Die beiden Körperschaften — Hammerstag und Reichsverband — unterhalten eine gemeinsame Geschäftsstelle in Hannover, wo der Hammerstag seit seiner Gründung im Jahre 1900 ständig seinen Sitz hat.

Die vorstehend angelegte Entwicklung des Hammertages spiegelt sich in den einzelnen Abschnitten der Denkschrift. Nach-

dem eingangs die lange Entwicklungreihe dargestellt ist, die von der Nationalversammlung von 1848 bis zum Erlaß der Handwerkernovelle vom 28. Juli 1897 führte, werden Wesen und Zweck des Deutschen Handwerks- und Gewerbehammertages und seiner inneren Organisation geschildert. Die Darstellung der einzelnen Sachgebiete beginnt mit dem Kapitel über Gewerbepolitik und Gewerbeamt. Die Arbeiten auf diesem Gebiete sind gewidmet der Ausgestaltung der gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für die Entwicklung des Handwerks als Berufsstand. Ein besonderer Abschnitt ist dem hierzu gehörenden sogenannten kleinen Reichsgewerbeamt gewidmet, der durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung vom Jahre 1908 eingeführt wurde und die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung abhängig macht von der Ablegung der Meisterprüfung. Aus den Ausführungen der Denkschrift über das Prüfungs- und Unterrichtswesen im Handwerk ergibt sich, wie groß der Wert des Handwerks von jeher allgemein auf die gründliche Ausbildung seiner Berufsangehörigen gelegt hat. Daß es durch diese Erziehungsarbeit dem Handwerk gelungen ist, seinen Umfang zu vergrößern, zeigt ein Blick in die der Denkschrift beigegebenen Statistiken, die auch sonst gezeigt ist, die noch vielfach zu beachtende Unterstützung des Handwerks durch eine bessere Ehrenamts seiner Bedeutung als Berufsstand zu erkennen. Dabei hat der Hammerstag rechtzeitig erkannt, daß der Schwerpunkt des Programms der modernen Handwerkbewegung im Laufe der Entwicklung sich mehr und mehr auf das wirtschaftliche Gebiet verschob. Die Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, des Steuerwesens, der wirtschaftlichen Organisation und des Berufswesens erfahren daher auch eine eingehende Behandlung. Praktisch-wirtschaftliche Arbeiten des Hammertages erfordern die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Übergangswirtschaft und die Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung des Handwerks. Das letzte große Kapitel über die Tätigkeit des Hammertages behandelt die Arbeiten in Fragen der Sozialpolitik und der Sozialversicherung, worin zum Ausdruck kommt, daß das Handwerk bestrebt gewesen ist, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz harter entgegengekehrter Tendenzen zu einer Berufsstandsgemeinschaft zu formen. Im Schluß der Denkschrift werden die Gründungsgeschichte und die Tätigkeit der oben genannten Institute und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks behandelt.

Tod in den Bergen. In den auf dem Wege zum Petersberg aufgefundenen Leichen sind die Leipziger Walter Wiedeböcker, Arthur Angethüm und Paul Müller festgestellt worden. Die Verunglückten waren sämtlich Mitglieder des Vereins für Leibesübungen in Leipzig-Stölteritz und als sehr gute Turner geschätzt. Die Touristen sind auf dem Rückwege von der Besteigung des Rautblanc eine halbe Stunde vor der Muthornhütte in Schnee vor Ermattung liegen geblieben. Die drei Turner schwebten bereits im vorigen Jahre bei der Besteigung des Matherhoras in Lebensgefahr, konnten aber, trotzdem inzwischen eine Rettungs-expedition ausgesandt war, noch glücklich das Tal erreichen.

Frecher Raubüberfall. Ein Raubüberfall von festeren Frechheit wurde in den gestrigen Abendstunden im Mittelpunkt der Stadt verübt. Der Juwelier Raab wurde in seinem Geschäftshaus Altmühlstraße 2 von zwei Burtschen überfallen und durch Schläge mit einem Gummihäutchen und einem Revolver zu Boden geschlagen. Auch Schüsse sind gefallen. Der Juwelier hat erhebliche Wunden am Kopf davongetragen. Durch eine zufällig zu Besuch kommende Dame wurden die Räuber, die es auf die Gold- und Schmuckstücke des Geschäftes abgesehen hatten, überfallen. Sie ergriffen die Flucht, konnten aber festgenommen werden. Es sind der 25jährige argeblinde Johann Eduard Rietzen aus Solingen und der gleichaltrige Handlungsgehilfe Edmund Hanne aus Weiskalen. Die weiteren Einzelheiten der Tat konnten noch nicht festgestellt werden, da der Juwelier nicht vernehmungsfähig ist.

Aus Sachsen

Landtags-Auflösung gefordert

Hauen, 1. September. In einer gutbesuchten Versammlung der SPD. in Wismar wurde folgende Entschließung angenommen: Der Parteitag beschließt: Die gesamte Fraktion der sozialdemokratischen Partei im sächsischen Landtag wird beauftragt, die sofortige Einberufung des Landtages zu fordern, um Beschluß zu fassen über ein Amnestiegesetz und darauf über seine sofortige Auflösung. Die sozialdemokratische Fraktion mehrheitlich beschließt sich in einer Sitzung mit der bühnlichen Vorbereitung des Heideberger Parteitages, auf dem bekanntlich über die feindseligen Brüder in Sachsen Gericht gehalten werden soll.

Von den Radikalen werden die 23 in der Presse scharf angegriffen, wo sie durch Unterschriftenammlung versucht haben sollen, sich Mandate für Heideberg zu verschaffen. Umso höher wird die Freude über die Kampfbücherei, mit denen die gleiche Presse dem der Freiheit wiedergegebenen Feindgut. Die „Radikale“ in Chemnitz will das Odium des Gefängnisurteils von Seligman genommen wissen. Der Heideberger Parteitag habe das Mittel dazu durch einen einfachen „Begrüßungsbeschluss“ in der Hand. Man sieht also, daß im Garten der Radikalen noch alles nach wächst. Wie aber in Heideberg der Zwist verläuft, wird wohl, steht wohl heute noch niemand.

Bauhen, 1. September. (Wagnardung eines Raubmörders.) Dem Werkzeugdreher Walter Alfred Müller aus Kleinwelka wurde die im Rat dieses Jahres wegen Ermordung und Vererbung des Fahrverbrechens Finger aus Dresden verhängte Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Vergiehungshölzer, 1. September. (Zusammenstoß zwischen Zug und Gekirr.) Am Freitagmittag wurde beim Bahnhofs-gang in der Nähe des hiesigen Bahnhofes ein mit Stangenholz beladenes Gekirr von der Lokomotive erfasst und umgeworfen. Der auf dem Wagen stehende 21jährige Arbeiter Müller, dessen Bruder das Gekirr führte, geriet unter die herabfallenden Stangen und wurde so schwer verletzt, daß er bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus Pirna verstarb. Der Unfall ist wieder auf das Fehlen der Schranken bei den Bahnhofsübergängen zurückzuführen.

Chemnitz, 1. September. (Politiktagung der Chemnitz-Versegers.) Die neue Politiktagung der Chemnitz-Versegers (Erdmannsdorf-Augsburg-Versegers), die zugleich die erste von Chemnitz ausgehende Politiktagung der Reichspost ist und einige bisher von der Eisenbahn nicht berührte, wirtschaftlich nicht unbedeutende Erfindungen in unmittelbarer Verbindung mit der Zentrale des Erzgebirges bringt, ist am Sonnabend dem öffentlichen Verkehr übergeben worden, nachdem die Oberpolizeidirektion bereits am Freitag mit den Chemnitzer Vertretern des Rates, der Regierung, der Polizei, der Presse und der Oberpolizeidirektion eine Probefahrt veranstaltet hatte. Die Probefahrt mit geladenen Wägen war mit verschiedenen Fehlern in Erdmannsdorf

Muster entworfen, außerordentlich verpönte Seiden reifen sich an Proben zur Färbetechnik und dem physikalisch-technischen Charakter des Seidenfadens an. Eine reiche Literatur von Spezialwerken über Seidenbau und Verarbeitung dient zur Beratung von Fachleuten und Laien.

Alles in allem eine Ausstellung, die in ihrer klaren wissenschaftlichen und sehr guten Aufmachung ein lückenloses Bild vom Seidenbau bietet und erregend und fördernd auf diesen Erwerbszweig wirken will, der für Deutschlands volkswirtschaftliche Blüte zwar nicht die Bedeutung des italienischen, spanischen und japanischen Seidenbaues hat, in der Zukunft aber doch als Ergänzung unserer Textilindustrie namhafte Bedeutung erlangen könnte. Die Deutsche Seidenbau-G. m. b. H. will durch diese nicht optimistische Erwartungen wecken, wohl aber ist befreit, die erwerbsfähigen Kreise aufzuklären über das Wesen und die wirtschaftliche Ausbeutung der Seidenraupe, die auch in Deutschland ein lohnender und sicherer Nebenberuf zu werden vermag. Die Verpflanzung von Seiden, Alleen, öffentlichen Anlagen, Wachstum mit Hausbäumen von selten der Gemeinden und durch Privatpersonen bildet eine der Voraussetzungen, die Beschaffung gesunder Brut aus Zuchtstationen, die auf Sachkenntnis gegründete Wartung der Raupen und richtige Behandlung der Kokons sind die weiteren wesentlichen Bedingungen für ein Gelingen des Seidenbaues, der vor allem von Altersheimen, Erholungsstätten, Hospitälern, Pensionären, Kriegesbeschädigten u. a. stärker gepflegt werden sollte.

Theater und Musik

Zentraltheater. (Gastspiel des Neuen Theaters: „Bunbury“ von Oscar Wilde.) Das Stück ist in Dresden unter dem Titel „Ernt“ oft gegeben worden, eine Bezeichnung, die mir treffender erscheint als der Name des Alibi-Doppelgängers Bunbury. Denn es geht in dem Stück im Wesentlichen um einen anderen Gesellschaftskomödien Bildes ohne jeden Ernst zu und „The Importance of being Earnest“ (Die Bedeutung des Ernstseins) in dem Rahmen der exklusiven englischen Gesellschaftskräfte betrachtet, ist eine Angelegenheit, die mit einem komischen Titel zu versehen eigentlich ein Gebot sein müßte. Zwei junge Dandys mit tollem Leben haben, um nicht erwischt zu werden, Doppelgänger oder besser Alibi-Personen erfunden, durch die sie gedeckt werden. Beide sind typische englische Aristokraten, wenn auch zum Teil von etwas dunkler Herkunft. Zwei tolle Weiber, die nur Männer mit dem Namen „Ernt“ heiraten wollen, ergaben die handelnden Paare. Vermählungen und

Entlohnungen überstürzen sich in dem munteren an Varietés-pische erinnernden Stück. Nur in diesem Sinne erscheint mit der Titel „Bunbury“ gerechtfertigt. Und doch hat die Komödie einen großen künstlerischen Wert. Er liegt nicht in der Handlung, sondern in den komischen Charakteren, im Dialog und in den ironisierenden Klängen, die scheinbar nebenhergehen, um die allein es aber dem Dichter zu tun war. All das ist der edelste Witz, wie er selbst lebte und lebte. Weltvoll bis in die Finger-spielen, aber nie dogmatisch oder pathetisch, sondern nur nüchtern, schon fast manieriert, eben deshalb, um geistvoll zu sein! — Die Aufführung des Neuen Theaters unter Robert George war bemüht, die Komödie als das zu geben, was sie ihrer Sprache nach ist: als Poffe. Bisher hatte George eingesehen, daß das bei dem bloßen sehr bunt zusammengefügten Ensemble das Beste sein würde. Aber die Wilde'sche Komödie war das nicht! Woher Schöne mann, der im Situationskomik so bewährte Darsteller, noch Günther Sanderson, dem das Grotteske liegt, verstanden es, aus den köstlichen Dialogen die Schätze zu heben. Und die Damen Elisabeth Krenn und Bertl Berthowicz noch weniger, so nett sie aussahen und so dröckig sie spielten. Der zweite Akt, der mir von den Aufführungen im hgl. Schauspielhaus her noch als ein Höhepunkt in der Erinnerung geblieben ist, war gestern aber fast langweilig. Daß die groteske Erscheinung der Gouvernante (Hil. Walthert) beinahe der Haupteffekt fürs Publikum werden konnte, ist bedenklich. Koch, Dittberl und E. Jungmann machten ganz erspriehtlich. Aber lediglich Tony Tschiff brachte wenigstens stellenweise und ohne äußere Mittel etwas Bildliches Best auf die Szene. Das Publikum unterließ sich offenbar gar.

Residenz-Theater. Freitag, den 4. September letzte Abendvorstellung von „Der Hebe Augustin“ mit Wini Grabich als Gast. Sonnabend, den 5. September Erkaufführung der Operettenneuheit „Annellese von Dessau“ (Der junge Dessauer). Musik von Robert Winterberg mit Johanna Schubert und Otto Warck in den Titelpartien. Die übrigen Hauptrollen sind besetzt mit Grete Brill, Ida Kattner, Otto Glaser, Wili Karl, Wico Langner und Janas Janda. Die Inszenierung liegt in den Händen von Josef Groß, dirigieren wird das Werk der neuverpflichtete Kapellmeister Eugen Domack. Die neuen Dekorationen und Kostüme sind in den eigenen Werkstätten herzustellen.

Spielplanänderung in der Staatsoper. Dienstag, den 1. September: „Tiefano“ (1/2), nicht Amefia. Donnerstag, den 3. September: „Amelia“ (1/2), nicht Tiefano.

